

Beschlussbuch

Der Juso- Landeskongferenz

vom 08.Juni2013 in

der Kulturhalle in

Heusweiler

L1

Antragsteller: Landesvorstand

angenommen

1 **Für Themen kämpfen – 10 Punkte die uns wichtig sind**

2 **Analyse:**

3
4 Das Jahr 2013 ist ein Jahr der großen Entscheidung. Am 22. September 2013 wird
5 ein neuer Bundestag gewählt. Die SPD hat realistische Chancen, nach der Wahl eine
6 Rot-Grüne Regierung anzuführen und damit wichtige Richtungsentscheidungen auf
7 den Weg zu bringen.

8
9 Als Jusos Saar wollen wir im Bundestagswahlkampf eigene Schwerpunkte setzen.
10 Getreu unserem Selbstverständnis als internationalistischer, feministischer und
11 sozialistischer Jugendverband in der SPD haben wir uns 10 Schwerpunktthemen für
12 unseren Wahlkampf gesetzt und diese im Verband diskutiert. Wir haben uns in den
13 Programmprozess der SPD eingebracht und das Regierungsprogramm mitgestaltet.

14
15 All unsere Forderungen sind im Regierungsprogramm vertreten. Darum ziehen wir
16 nun in einen Themenwahlkampf an dessen Ende die Ablösung der Schwarz-Gelben
17 Regierung steht. Unsere Gegner ziehen nicht mit inhaltlichen Themen in den
18 Wahlkampf. Ihr Programm heißt Merkel. Das reicht aber bei weitem nicht aus.

19
20 Wir werden, zusammen mit den Unterbezirken und Kreisverbänden, kreative
21 Aktionen zu den Themenschwerpunkten durchführen. So wollen wir die SPD im
22 Wahlkampf unterstützen und gleichzeitig unser Profil als Verband stärken.

23
24 Unsere wichtigsten Forderung an die Rot-Grüne Bundesregierung, die im Herbst
25 2013 ihre Arbeit aufnehmen soll sind:

26
27
28
29

1 Nicht unsere Krise!

2

3 Die Jugend in Europa wurde von der aktuellen Krise des Kapitalismus schwer
4 getroffen.

5 Das schlimmste Beispiel ist die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland, von der über
6 die Hälfte der griechischen Jugendlichen betroffen sind. In diesem Zusammenhang
7 muss von einer verlorenen Generation gesprochen werden, die ihrer Chancen auf
8 einen geregelten Übergang von Studium in Beruf unverschuldet beraubt wurde.

9 Wir wollen nicht die Generation Krise sein.

10

11 Diese Entwicklungen sind auf die falsche Austeritätspolitik zurückzuführen, welche
12 die Regierung Merkel den anderen europäischen Staaten aufgezwungen hat. Die
13 Regierung Merkel hat die Krise verschärft, indem sie die Lehre aus vergangenen
14 Krisen ignoriert hat. Sparen in der Krise ist falsch, weil es Impulse für Wachstum
15 erstickt. Um kurzfristige Defizitziele zu schützen, die keine realen Auswirkungen auf
16 das Leben der Menschen haben, verhindert die Regierung Merkel eine langfristige
17 Erholung in den Krisenstaaten, wir hingegen fordern ein europäisches
18 Konjunkturprogramm.

19

20 Die europäischen Staaten haben sich durch die Auswirkungen der Sparpolitik
21 voneinander wegbewegt. Die Lebensverhältnisse der Menschen haben sich in vielen
22 Staaten zum schlechteren entwickelt – auch das ist eine Folge der falschen,
23 maßgeblich von Deutschland voran getriebenen, Sparpolitik. Man gewinnt so leicht
24 den Eindruck, dass der aktuellen Bundesregierung die Rettung von Banken wichtiger
25 ist, als den Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen.

26

27 Gleichzeitig stehen die Verursacher der Krise so gut da wie eh und je. Banken,
28 Hedge-Fonds und andere Konstrukte machen heute wieder Gewinne und über so
29 machen Aktien-Index wurde berichtet, dass er neue Allzeit-Höchststände erreicht hat.
30 An der Geschäftsgrundlage hat sich natürlich nichts verändert. Nur unter großem
31 Protest wurden Maßnahmen zur Vermeidung künftiger Krisen umgesetzt und noch
32 immer schrecken viele Akteure nicht vor ethisch fragwürdigen Geschäften zurück. So
33 sind stehen Spekulationen auf Lebensmittel mit dem Ziel der Profitmaximierung noch
34 immer an der Tagesordnung. Diese Spekulationen tragen zum weltweiten Hunger

1 bei. Sie zerstören die Lebensgrundlage vieler Menschen. Sie tragen mit dazu bei,
2 dass ganze Weltregionen destabilisiert werden.

3

4 **Die Jusos Saar fordern, dass der Krise mit wirksamem Konzepten begegnet**
5 **wird.**

6

7 **Diese sind:**

8

9

10 - Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch Ausbildungsplatzgarantie und
11 verpflichtende Übernahme nach der Ausbildung

12

13 - Einführung einer Vermögenssteuer und Finanzmarktregulierung, z.B. durch
14 eine europaweite Finanztransaktionssteuer. Das Ziel dabei ist die
15 Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Europa durch eine Umverteilung
16 des Vermögens.

17

18 - Eine einmalige Vermögensabgabe auf europäischer Ebene

19

20 - Keine spekulativer Umgang mit Menschen, Lebensmitteln und Wasser

21

22 - Auflage eines europäischen Konjunkturprogramms

23

24

25 **Solidarité – סולידריות - Solidarität – تضامن - dayanışma – Solidarity**

26

27 Wir setzen uns nicht erst seit bekannt werden der schrecklichen NSU-Morde gegen
28 Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein. Bereits seit 150 Jahren kämpfen wir für
29 Solidarität aller Menschen untereinander – egal aus welchem Land sie kommen und
30 an welchem Ort sie wohnen. Darum ist es unerträglich, dass die Bundesregierung die
31 Gelder für Präventionsprojekte gegen Rechts kürzt und Engagement gegen
32 rassistische Vorurteile erschwert.

33 Eine dieser Hürden ist die Extremismusklausel. Diese zwingt engagierte Gruppen
34 dafür zu bürgen, dass all ihre Kooperationspartner auf Grundlage des Grundgesetzes
35 arbeiten. Eine solche Garantie kann kein Mensch oder Projekt abgeben. Da ein

1 großes Unterstützernetzwerk für die Präventionsarbeit notwendig ist. Bespitzelungen,
2 wie sie die Bundesregierung vorsieht zerstören das Notwendige Vertrauen der
3 Partner*innen untereinander.

4 Da nicht geklärt ist welche Konsequenzen auf Verstöße folgen, verunsichert dieses
5 Instrument die Menschen, die sich gegen die immer noch grassierenden
6 menschenverachtenden Einstellungen in unserer Gesellschaft einsetzen.

7

8 Ebenso weigern wir uns zu akzeptieren, dass Deutschland und Europa noch immer
9 eine Abschreckungspolitik gegenüber Flüchtlingen durchsetzt und somit das Leid der
10 Menschen verstärkt, die nach einer jahrelangen Reise aus Krisengebieten in Europa
11 eine neue Heimat suchen.

12 Dabei sind die Lasten sehr ungleich verteilt. Durch das Dublin-II-Abkommen ist
13 geregelt, dass Asylbewerber*innen in dem ersten europäischen Staat den sie
14 betreten einen Asylantrag stellen müssen. Ein Asylantrag in einem anderen Staat ist
15 nicht möglich. Dadurch treffen vor allem Staaten wie Spanien, Italien und
16 Griechenland die Kosten für Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge. An
17 diesen Kosten müssen aber alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beteiligt
18 werden.

19

20 Aber auch im Saarland gibt es viel zu tun! Noch immer werden Flüchtlinge
21 hierzulande in das zentrale Lager Lebach gepfercht. Eine Integration kann dort nicht
22 stattfinden, da ein Kontakt zu Bevölkerung erschwert, wenn nicht sogar unmöglich
23 gemacht, wird. Die Landesregierung hat hier mit der Entlassung von 200 Flüchtlingen
24 in die Landkreise einen ersten Ansatz geliefert. Dies kann aber nur ein erster Schritt
25 in Richtung einer Willkommenskultur sein, die eine echte Integration ermöglicht.

26 Auch eine bessere psychologische Betreuung der oftmals traumatisierten Flüchtlinge
27 und eine Umstellung auf eine Barauszahlung der Grundsicherung trägt zu einer
28 menschenwürdigen Unterbringung bei und muss deshalb schnellstmöglich in die
29 Wege geleitet werden!

30

31 **Wir fordern deshalb:**

32

33 – Projekte gegen Rechts ausbauen - Extremismusklausel abschaffen!

34

- 1 – Dezentrale und menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerber*innen

2
3

4 Bildungschancen sind Zukunftschancen

5

6 Bildung ist nicht nur die Voraussetzung für eine freie Berufswahl und
7 gesellschaftlichen Aufstieg. Bildung ist auch ein Menschenrecht. Darum muss es
8 Menschen nicht nur erlaubt werden, sich weiter zu bilden. Es muss ihnen auch
9 ermöglicht werden.

10

11 Wir stehen heute vor besonderen Problemen. In vielen Städten ist günstiger
12 Wohnraum für Azubis und Studierende knapp. Klamme Kassen der Kommunen
13 verhindern sozialen Wohnungsbau, der für spürbare Entlastungen sorgen könnte.
14 Die Mittel aus dem Bundesprojekt „Soziale Stadt“ laufen nun aus. Ein
15 Anschlussprojekt hat Schwarz-Geld nicht geplant.

16 Günstige Mieten sind allerdings eine Voraussetzung dafür, dass Studierende sich auf
17 ihr Studium und Azubis auf ihre Ausbildung konzentrieren können, ohne Nebenjobs
18 annehmen zu müssen. Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf!

19

20 Ein anderes Problem besteht in der unzureichenden Standardisierung und
21 Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen. Ein bekanntes Beispiel dafür
22 sind im Ausland erworbene Berufs- und Bildungsabschlüsse. Diese werden häufig in
23 Deutschland nicht anerkannt. Menschen mit diesen Abschlüssen werden somit durch
24 bürokratische Hürden ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt beraubt.

25 Doch nicht nur Staatsgrenzen treten hier als Hürden auf. Auch zwischen
26 Bundesländern, ja teilweise zwischen Universitäten, wird die Anerkennung von
27 Teilabschlüssen erschwert.

28 Es darf in Zeiten eines einheitlichen europäischen Bachelor-Master-Systems nicht
29 sein, dass ein Wechsel zwischen Universitäten unnötig durch bürokratische Hürden
30 erschwert wird!

31

32 Doch nicht nur für die Studierenden ergeben sich Probleme. Auch die Hochschulen
33 sind finanziell schlecht ausgestattet, sodass sie ihre Studierenden nicht in dem Maß
34 fördern können, wie es notwendig wäre. Einer der Gründe hier für ist das
35 Kooperationsverbot, also die Regelung, dass die Hochschulen keine Mittel aus dem

1 Bundeshaushalt bekommen dürfen.

2 Dadurch geraten Hochschulen ins Hintertreffen, die in armen Bundesländern liegen
3 und dementsprechend weniger gefördert werden können.

4 Eine Gegensteuerung über die Exzellenzinitiative bedeutet eine reine Elitenförderung,
5 welche bei der überwiegenden Anzahl der Studierenden aber nicht ankommt.

6

7 Das Kooperationsverbot ist von Grund auf falsch und nicht reformierbar!

8

9 **Wir fordern deshalb:**

10

11 - Mietpreiserhöhungen deckeln und sozialen Wohnungsbau forcieren und
12 fördern

13 - Abschlüsse weniger bürokratisch gestalten - bessere Anerkennung
14 ermöglichen, Bafög für Schüler*innen und Meisterschüler*innen verbessern

15 - Kooperationsverbot abschaffen

16

17 **Mehr als Luft und Liebe**

18

19 Noch immer verdienen Frauen weniger als Männer, in vielen Berufen auch, wenn sie
20 das gleiche leisten. Dieser Zustand ist unhaltbar.

21 Die SPD hat in ihrem Regierungsprogramm eine Reihe von Maßnahmen
22 beschrieben mit der sie diesem Problem begegnen möchte. Wir unterstützen diese
23 Forderungen.

24

25 Eine besondere Aufmerksamkeit legen wir jedoch auf den Ausbau von ganztägigen
26 Betreuungseinrichtungen. Die Zeiten in denen eine Vormittagsbetreuung ausreichte
27 sind schon lange vorbei! Die Flexibilisierung der Arbeitswelt macht eine ganztägige
28 Betreuung auch zu Nachtzeiten erforderlich, um die Bedürfnisse alleinerziehender
29 Schichtarbeiter*innen abzudecken.

30 Betriebskindergärten und Tagesmütter können zur weiteren Entlastung beitragen.

31 Bildungseinrichtungen sollen möglichst neutral sein und kein religiöses Bekenntnis in
32 den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Darum lehnen wir es ab, dass Kindergärten
33 einer konfessionellen Gemeinschaft zugerechnet werden, obwohl die Hauptlast der
34 Finanzierung von den Kommunen getragen wird.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27

Das Betreuungsgeld von Schwarz-Gelb weist den weg in eine andere Richtung. Es zementiert die Rollenteilung in Versorger*in und Versorgte*m. In der Regel nimmt der Mann die Rolle des Versorgers war. Ein Wiedereinstieg in den Beruf ist für die Frau oft nur unter Verlust der angestammten Position möglich. Dieses Instrument schadet mehr als es nützt.

Auch das Ehegattensplitting ist seit langem Kritik ausgesetzt. Beim Ehegattensplitting wird der besserverdienende Partner in eine günstigere Steuerklasse eingeordnet und der schlechter verdienende in eine ungünstigere. Dadurch wird es für den/die schlechter verdienenden Partner*in unattraktiv mehr zu arbeiten. In der Regel bedeutet dies, dass die Frau zuhause bleibt, während der Mann arbeitet. Es wird Zeit dieses falsche Instrument, dass Frauen aus dem Erwerbsleben fernhält, abzuschaffen.

Wir begrüßen die Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben, die die französische Regierung gegen Widerstände konservativer Bevölkerungsgruppen durchgesetzt hat. Frankreich hat sich damit eine Vorreiterrolle eingenommen. Wir wollen nicht akzeptieren, dass der deutsche Staat weiter zwischen guter und schlechter Liebe unterscheidet. Die Ehe ist für alle da!

Unsere Forderungen sind deshalb

1. Betreuungsgeld abschaffen - nicht konfessionsgebundene Kitas gefördert durch Bundesmittel ausbauen.
2. Gleichstellung von Ehe und Gleichgeschlechtlichen Partnerschaften -

L2	Antragsteller: Landesvorstand
	<input type="checkbox"/> angenommen

1 **Es lebe die Europäische Republik!**

2

3

4 **Der demokratische Zustand Europas**

5

6 Eine unserer zentralen Forderungen ist seit jeher ein demokratisches Europa. Denn
7 unser Ideal der Demokratisierung aller Lebensbereiche macht selbstverständlich
8 auch nicht vor Brüssel halt.

9

10 Die Europäische Union und ihre Ausgestaltung ist das Produkt der öffentlichen
11 Diskussion, auf deren einer Seite Skepsis, schlimmstenfalls antieuropäische,
12 nationalistische Ziele, vorherrschen und deswegen jegliche weitere Integration
13 ablehnen und auf der anderen Seite die Befürworter stehen, welche ihrerseits in zwei
14 grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen gespalten sind und entweder eine
15 starke, aber rein zwischenstaatliche Kooperation oder die Schaffung eines
16 Europäischen Staates als solchen fordern. Seit 1925 fordert die SPD in ihrem
17 Programm die Schaffung eines europäischen Bundesstaates. Dahinter stehen wir
18 weiter. Auf dem Weg dorthin wurde seit Schaffung der Europäischen
19 Gemeinschaften viel erreicht und auch der Lissabon Vertrag hat noch einmal einige
20 wichtige Schritte in die richtige Richtung getan. Ausreichend sind sie für uns aber
21 noch lange nicht.

22

23 Die europäischen Institutionen und die Politikprozesse werden von vielen Menschen
24 in Europa als komplex und undurchsichtig empfunden. Für viele Menschen erscheint
25 die EU als eine große black box, deren Funktionsweise undurchschaubar bleibt.

26 Hinzu kommt ein Gefühl der Distanz zwischen dem persönlichen Lebensumfeld und
27 der europäischen Ebene. Dies führt zu einer grundsätzlich erschwerten Identifikation
28 mit Europa und dem Empfinden, nicht an politischen Entscheidungen beteiligt zu sein
29 oder sie gar beeinflussen zu können. Zu diesen problematischen Sichtweisen treten

1 weitere Kritikpunkte, denen sich die EU aktuell ausgesetzt sieht. Die weiterhin
2 ungelöste Finanz- und Wirtschaftskrise führt nicht nur zur Verelendung breiter
3 Bevölkerungsschichten, sondern vor allem auch zu neonationalistischen
4 Abgrenzungstendenzen. Statt gelebter Solidarität zwischen den europäischen
5 Ländern in Zeiten, in denen diese gerade nötig wäre, herrscht das Prinzip "Rette sich
6 wer kann". Dabei jagt ein Krisengipfel den nächsten, wobei das Aktivitätsfeld weg
7 von den eigentlichen supranationalen europäischen Institutionen hin zu den
8 Nationalstaaten in Figur ihrer Staatschefs, MinisterInnen und UnterhändlerInnen
9 verschoben wird. Dies ist ein Rückschritt, da hierdurch zwangsläufig die Tendenz von
10 konfrontativen zwischenstaatlichen Verhandlungen im Gegensatz zu konsensualen
11 gemeinsamen Lösungen ausgelebt und im europäischen Zusammenspiel so stetig
12 gesteigert wird. Kennzeichen hiervon sind nicht nur die faktisch protektionistischen
13 Wirtschaftspolitiken einiger Länder auf Kosten der anderen, sondern zum Beispiel
14 auch die Aussetzung und Nachverhandlungen zur Einschränkung des Schengen-
15 Raumes.

16 Politische Entscheidungsfindung ad hoc nachts in Hinterzimmern, statt öffentlich
17 nachvollziehbarer und begleitbarer Diskussion in Parlamenten entspricht einer
18 mangelhaften demokratischen Kultur, die nicht zum Dauerzustand werden darf.

19 Zusätzlich fördert die aktuelle Situation Entdemokratisierungsprozesse auf nationaler
20 Ebene. Wenn Merkel & friends zusammen mit dem IWF über die Konditionen der
21 Kreditpakete für in Not geratene Länder entscheiden, verbleibt für die Regierungen
22 der Empfängerländer kaum noch Handlungsspielraum. Es ist höchst problematisch,
23 wenn Personen über die Politiken eines Landes entscheiden, welche nicht von der
24 Bevölkerung gewählt sind, ja überhaupt nicht gewählt werden können und ihnen
25 gegenüber in keinerlei Hinsicht Rechenschaft schuldig sind. Wahlen werden so zur
26 reinen Farce. Dabei ist eher unwahrscheinlich, dass in der öffentlichen
27 Wahrnehmung zwischen dem erwarteten und realen Handlungsspielraum der
28 nationalen Regierung, so wie zwischen den theoretischen und realen Akteuren
29 differenziert wird. Wenn statt Lösungen eine stetig voranschreitende
30 Verschlimmerung der sozialen Situation statt findet, ist davon auszugehen, dass statt
31 der Sparpolitik und den zwischenstaatlichen Institutionen, die Demokratie und
32 Europa insgesamt einen Vertrauensverlust erleiden. Es ergibt sich das Paradox,
33 dass in einer durch undemokratische und nationale Egoismen erzeugten Situation,
34 jenes was so dringend zur Lösung der Konflikte notwendig wäre, nämlich ein

1 demokratisches solidarisches supranationales Europa, der eigentlich Leidtragende
2 ist.

3
4 Die SPD stellt sich dem nicht wirklich entgegen. Durch eine passive und visionslose
5 Europapolitik droht sie ihre Stellung als die Europapartei zu verlieren. In letzter Zeit
6 ist zu beobachten, dass Argumentationslinien von Europaskeptikern und
7 Lösungsansätze des politischen Gegners übernommen werden. Die Entwicklung
8 eigener Alternativen erschöpft sich in punktuelle Ergänzungen der Europapolitik der
9 schwarz-gelben Regierung. Die Unterscheidbarkeit der Bundestagsfraktionen der
10 Volksparteien ist bei europapolitischen Abstimmungen kaum mehr gegeben. Gerade
11 jetzt, wenn grundsätzliche Weichen für die Zukunft Europas gestellt werden, wird die
12 SPD nicht zur Vorreiterin einer neuen Idee von Europa, ja nicht einmal zu der
13 Verteidigerin des bereits Existenten.

14
15 Wir Jusos wollen diesen inhaltlichen und strategischen Fehler nicht begehen. Wir
16 werden uns den anti-europäischen Tendenzen mutig entgegen stellen. Wir glauben,
17 dass dies nicht nur mit der defensiven Argumentation, welche auf Skizzierung von
18 Horrorszenarien bei Zusammenbruch der EU basiert und auf den bloßen Erhalt des
19 bestehenden Systems ausgerichtet ist, erfolgen kann, sondern eine neue Vision
20 braucht. Die Vision einer Europäischen Republik!

21
22

23 Die Ausgestaltung eines demokratischen Europas

24

25 Grundsätzliches

26 Unsere Vision von Europa ist nicht bloß die eines verstärkten Austauschs zwischen
27 den Staaten, Regionen oder Städten, die sich auf dem europäischen Kontinent
28 befinden. Nationalstaaten, deren Begründung und damit Existenz auf der Schaffung
29 eines Nationalbewusstseins basiert, erzeugen automatisch Abgrenzungstendenzen
30 zu den Bevölkerungen anderer Staaten. Es fördert Stereotype und steht individueller
31 Selbstverwirklichung und pluralen Gesellschaften entgegen. Die Überwindung von
32 Nationalstaaten kann durch Schaffung eines europäischen Staates ermöglicht
33 werden. Das es innerhalb dessen unterschiedliche Verwaltungsebenen geben muss,
34 die unter Umständen auch die Begrenzungen der heutigen europäischen Staaten

1 widerspiegeln, ist damit nicht zu verwechseln. Wir wollen einen solchen
2 europäischen Staat aber nicht als zentralisiertes Gebilde, welches von Brüssel aus
3 sämtliche politische Handlungen aus lenkt. Verständnis und Akzeptanz von Politik
4 wird maßgeblich dann gefördert, wenn Entscheidungen vor Ort mit direktem Kontakt
5 zu den Menschen stattfinden. Gerade die Grundproblematik, dass größere
6 geographische Distanzen zur Entfernung zwischen politisch Handelnden und denen,
7 die solchen Handlungen unterworfen sind, führt ist bei unserer Vision von Europa zu
8 antizipieren. Ein Ausgleich der Souveränitätsverschiebung auf die kontinentale
9 Ebene, kann durch die Stärkung der lokalen und regionalen Ebene erfolgen. Der
10 europäische Staat ist daher für uns eine föderale Republik, mit starken Regionen.
11 Gesetzgebungskompetenzen sollten sich daher in föderalen Staaten wie
12 Deutschland von der Bundes- auf die Europäische Ebene verschieben, bei
13 zentralisierten Staaten wie Frankreich würde eine Verschiebung nach oben, als auch
14 nach unten erfolgen. Echte europäische Souveränität kann erst entstehen, wenn das
15 Europäische Parlament Änderungen der Verfassung durchführen kann. Eine
16 europäische Verfassung halten wir für unerlässlich. Sie enthält neben den
17 beschriebenen Aufbau auch die Grundrechtecharta und eine Zielsetzung, die auf
18 Frieden, Stabilität, sozialen Ausgleich und Wohlstand basiert und damit von der
19 aktuellen unternehmensbezogenen Politik den Menschen in den Mittelpunkt stellt.
20 Die Unionsbürgerschaft wird zur Staatsbürgerschaft mit gleichen Rechten in der
21 gesamten Europäischen Republik. Für den Erfolg des Projekts Europas müssen sich
22 die Bürgerinnen und Bürger auch damit identifizieren können. Nur wenn für die
23 Menschen deutlich wird, dass Frieden in einem pluralen Europa, sozialer Ausgleich
24 bei hohem Lebensstandard, demokratiekonformer Markt und wirksamer
25 Menschenrechtsschutz nur durch die europäische Integration dauerhaft möglich ist,
26 wird dem Integrationsprozess auch positiv entgegen gesehen.

27

28

29

30 **Wir fordern daher:**

31

32 – einen föderalen europäischen Bundesstaat

33 – eine europäische Verfassung

34 – die europäische Staatsbürgerschaft

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

Europäische Institutionen

Für ein demokratisches Europa brauchen wir endlich ein Europäisches Parlament, was nicht nur so heißt, sondern tatsächlich auch die Rechte und Pflichten eines solchen hat. Das Europäische Parlament erhält das Budget-, Initiativ- und Legislativrecht. Mechanismen, die eine stärkere Anbindung und Kommunikation mit den europäischen BürgerInnen ermöglichen sind zu fördern.

Der europäische Rat und der Rat der europäischen Union stellen Institutionen da, die primär der Verhandlung zwischen den Staaten dienen. Sie werden daher in einem europäischen Bundesstaat überflüssig, ja behindern sogar die Integration und die Artikulation von Interessen derer, die nicht aktuell durch eine Regierung repräsentiert sind. An ihrer Stelle soll daher eine zweite Kammer eingerichtet werden, welche mit VertreterInnen der Regionen Europas besetzt wird. Sie hat Beratungs- und Kontrollfunktion, so wie Mitentscheidungsrechte und Initiativrecht bei gemeinsamen Gesetzgebungskompetenzen.

Die ParlamentarierInnen beider Kammern besitzen Immunität und Indemnität. Die Arbeitsbedingungen der ParlamentarierInnen sind bisher mangelhaft ausgestattet und tragen damit zu einem schwachen Parlament bei. Dies muss geändert werden.

Die Europäische Kommission wird zu einer ausschließlichen Verwaltung umgebaut, um auch auf europäischer Ebene das Prinzip der Gewaltenteilung zu realisieren. KommissionspräsidentIn und KommissarInnen werden als Regierung vom Europaparlament gewählt. Die europäische Regierung erhält Initiativrecht. Sie wird durch das Parlament kontrolliert und kann von diesem auch wieder abgesetzt werden. Der Europäischen Kommission wird eine neue Zielsetzung gegeben. Statt primär Ausgestaltung und damit Förderung des Wirtschaftsverkehrs, soll sie entsprechend der neuen Verfassungszielsetzung vor allem der Schaffung von sozialem Frieden verpflichtet sein.

Wir fordern insgesamt:

- Schaffung eines wirklichen Europaparlaments durch Übertragung der vollen Legislativrechte
- bessere finanzielle Ausstattung der/des Europäische Ombudsmanns, so wie

- 1 des Petitionsausschuss des Europaparlaments und stärkere Bekanntmachung
2 dieser in der Öffentlichkeit
- 3 – Abschaffung der europäischen Rats und des Rats der europäischen Union
 - 4 – Schaffung einer mit Gesetzgebungskompetenzen ausgestatteten
5 Regionalkammer
 - 6 – Umwandlung der KommissarInnen und der/des KommissionspräsidentIn zu
7 einer europäischen Regierung unter Kontrolle des Europaparlaments

8
9

10 Wahlsystem

11 Die Wahlbeteiligung zu den Wahlen zum Europäischen Parlament nimmt seit den
12 ersten Direktwahlen 1979 bedenklich ab. Viele Bürgerinnen und Bürger haben kein
13 oder kaum Interesse an den europäischen Wahlen. Die Wahlkämpfe der
14 verschiedenen Parteien werden von nationalen und landesbezogenen
15 Wahlversprechen überlagert, dies führt dazu, dass die Wahlen nicht als wichtig
16 wahrgenommen werden.

17 Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden alle fünf Jahre neu gewählt. Die
18 einzelnen Mitglieder werden für jeden Mitgliedsstaat getrennt gewählt. Die Anzahl der
19 zu wählenden Abgeordneten ist für jedes Land einzeln fest gelegt.

20 In jedem EU-Mitgliedsstaat gelten andere gesetzliche Regelungen zur Wahl. Unter
21 anderem das passive und aktive Wahlrecht hängen von diesen ab. Um das aktive
22 Wahlrecht zu erhalten muss man in den meisten Mitgliedsstaaten 18 Jahre alt sein,
23 in Österreich darf man hingegen bereits ab dem 16. Lebensjahr wählen. Die meisten
24 EU-Bürger und EU-Bürgerinnen müssen das 18. Lebensjahr erreichen um wählbar
25 zu sein, in Italien und Zypern müssen die Kandidaten und Kandidatinnen mindesten
26 25 Jahre alt sein. Wir fordern ein einheitliches aktives Wahlrecht ab 16 Jahren und
27 ein passives Wahlrecht ab 18 Jahren.“

28

29 Auch die Sperrklausel unterscheidet sich von Staat zu Staat. In manchen Ländern
30 gibt es keine Sperrklausel, in anderen unterscheidet es sich ob sie im Wahlkreis oder
31 landesweit erreicht werden muss. Gerade das europäische Parlament leidet unter
32 einer Zersplitterung des Parteienspektrum und büßt dadurch Handlungsspielrum ein.
33 Daher und damit alle Parteien die gleichen Chancen haben im Parlament vertreten
34 zu sein muss die Sperrklausel europaweit auf 5% angehoben werden. Genau wie die

1 Sperrklausel muss auch das Sitzverteilungsverfahren aus Fairnessgründen
2 europaweit einheitlich sein. Für uns gilt: alle Bürger und Bürgerinnen der
3 Europäischen Union müssen den selben Stimmwert auf europäischer Ebene
4 besitzen.

5 | Der/die PräsidentIn der Europäischen Kommission wird momentan getrennt von
6 diesem Wahlgang gewählt. Er wird vom Europäischen Rat nominiert und durch das
7 Europäische Parlament bestätigt. Der Europäische Rat soll bei seiner Nominierung
8 das Ergebnis der Europawahl berücksichtigen, diese Bestimmung ist aber in ihrer
9 rechtlichen Reichweite noch unbestimmt. Wenn das Parlament diesem/dieser
10 KandidatIn zustimmt ist er/sie zunächst designierte/r KommissionspräsidentIn. Die
11 Kommission muss sich noch einmal als ganzes dem Europäischen Parlament zur
12 Wahl stellen. Wird sie mit einer qualifizierten Mehrheit ernannt, kann der/die
13 KommissionspräsidentIn das Amt antreten.

14 | Dieses Verfahren ist sehr unübersichtlich und garantiert keine demokratische
15 Legitimation. Da der Europäische Rat und das Europa Parlament unterschiedliche
16 Wünsche an die Kandidierenden stellen, können einer Nominierung und Wahl
17 langwierige Prozesse voraus gehen.

18 Dieses Prozedere muss für die Bürgerinnen und Bürger übersichtlicher werden. Eine
19 zusätzliche europäische Wahlliste könnte die Möglichkeit geben direkten Einfluss auf
20 | die Wahl des KommissionspräsidentIn zunehmen. Diese Listen sollen von
21 europäischen Parteien auf Kongressen von ihren Mitgliedern demokratisch
22 aufgestellt werden. Die SpitzenkandidatInnen dieser Listen wären gleichzeitig die
23 KandidatInnen für das Amt des/der KommissionspräsidentIn. Die Wählerinnen und
24 Wähler hätten mit diesem Wahlsystem, ähnlich wie bei der Bundestagswahl, zwei
25 Stimmen. Eine wie bisher für die regional Kandidierenden und eine zweite für die
26 | „Europäische Liste“ Dabei streben wir an, dass auch die regional Kandidierenden
27 Mitglieder einer europäischen Partei sein sollen. Die europäischen BürgerInnen
28 könnten damit zum ersten Mal auch für Kandidaten und Kandidatinnen aus anderen
29 EU-Mitgliedsstaaten stimmen. Die Wahlen hätten somit einen echten europäischen
30 Charakter und europäische Themen würden mehr in den Vordergrund gestellt
31 werden.

32 Die Menschen in Europa sollen ihre demokratischen Rechte in Zukunft stärker
33 nutzen, um die Europäische Union zu einem sozialen Europa der Bürger und
34 Bürgerinnen zu machen. Ein starkes, demokratisch legitimes Europäisches

1 Parlament als Korrektiv der neoliberalen und konservativen Politik der Europäischen
2 Kommission kann Europa nur nach vorne bringen.

3

4 **Wir fordern daher:**

5

- 6 - Aktives Wahlrecht in ganz Europa ab 16 Jahren und passives Wahlrecht ab 18
- 7 Jahren
- 8 - Vereinheitlichung des europäischen Wahlrechts
- 9 - Einführung europaweiter Sperrklausel von 5%
- 10 - Gleiches Sitzverteilungsverfahren
- 11 - die Einführung einer „Europäischen Liste“ bei den Europawahlen
- 12 - Wahl der/des KommissionspräsidentIn durch das Europaparlament

13

14 **Demokratisierung aller Lebensbereiche**

15 Demokratie ist für uns mehr als die turnusgemäßen Wahlen und die Einrichtung
16 demokratischer Institutionen. Deswegen muss darüber hinaus eine Beteiligung aller
17 BürgerInnen an politischer Entscheidungsfindung möglich sein. Die Demokratisierung
18 der europäischen Ebene ist nur durch Aktivität aller an der demokratischen
19 Gesellschaft beteiligten Akteure auch auf die europäische Ebene möglich. Art. 11 II
20 EUV muss endlich ausgestaltet werden. Eine europäische Öffentlichkeit hat
21 zahlreiche Facetten

22 Ein gemeinsamer europäischer Wirtschaftsraum ohne starke europäische
23 Gewerkschaften ist fatal für die Interessen der ArbeitnehmerInnen. Über die
24 innereuropäischen Grenzen wandern Waren, Kapital, Menschen und
25 Dienstleistungen, der europäische Wirtschaftsraum ist sehr stark miteinander
26 verwoben. Gewerkschaftliche Solidarität innerhalb Europas findet noch viel zu selten
27 statt. Dies kann von der Arbeitgeberseite zum Nachteil der ArbeitnehmerInnen
28 ausgenutzt werden, indem die Produktion in das Land mit den niedrigsten
29 Produktionskosten ausgelagert wird. Um sich gegen solche Entwicklungen zu
30 wehren, können europaweite Streiks ein neues gewerkschaftliches Druckmittel sein.
31 Der Zusammenschluss nationaler Gewerkschaften bzw. die Gründung von
32 europäischen Gewerkschaften muss gefördert werden. Dazu gehören auch Euro-
33 Betriebsräte, die bei grenzüberschreitenden Unternehmensaktivitäten ab einer
34 bestimmten Größe verpflichtet zu gründen sind.

1 Der deutsch-französische Sender ARTE hat gezeigt, dass überstaatliche Kooperation
2 in Sachen Medien möglich ist. Eine Bereicherung der europäischen
3 Medienlandschaft durch die Schaffung einer europaweiten öffentlich-rechtlichen
4 Rundfunkanstalt wäre ein weiterer Schritt, die EuropäerInnen näher
5 zusammenzubringen. Mit dieser neuen Rundfunkanstalt könnten zum Beispiel
6 Debatten im europäischen Parlament stärker in den gesellschaftlichen Fokus rücken
7 und den BürgerInnen einen besseren Einblick in die Politik des europäischen
8 Parlaments gewährleisten. Dienste wie euronews müssen stärker beworben werden.
9 Viele Interessenverbände sind bereits heute auf europäischer Ebene aktiv oder sogar
10 mit einer Vertretung in Brüssel ansässig. Meist handelt es sich dabei bisher aber um
11 finanzstarke Lobbyisten. Auch kleine und bürgerschaftlich organisierte Verbände
12 müssen ermutigt werden, sich auch europaweit zu organisieren, um ihre Interessen
13 besser vertreten zu können.

14 Es muss eine europaweite Diskussion über neue Beteiligungsmöglichkeiten
15 (Stichwort: liquid democracy) stattfinden, um Modelle für eine verstärkte Information
16 und Partizipation der europäischen BürgerInnen zu ermöglichen. Diese Diskussion
17 muss mit den BürgerInnen geführt werden. Direktdemokratische Elemente im engen,
18 sind auf europäischer Ebene ausschließlich von ressourcenstarken Kräften zu
19 stemmen, welche tendenziell bereits jetzt bessere Möglichkeiten der Lobbyarbeit als
20 einfache BürgerInnen haben. Wir lehnen sie deshalb auf dieser Ebene ab.

21 Wichtig ist auch eine demokratische Mitbestimmung in Betrieben, Schulen,
22 Universitäten und ähnlichen Organisationen. Diese demokratischen Standards
23 müssen in ganz Europa erfüllt sein, da die Demokratie nicht vor Werks-, Schul- und
24 Universitätstoren enden darf. Für uns als Jusos ist es wichtig, dass alle Menschen in
25 Europa sich für ihre eigenen Belange stark machen können.

26 Eine Kontrolle des Lobbyismus ist unabdingbar, auch auf europäischer Ebene.
27 Lobbyismusverbände, Geld-, Auftragsgeber und Aktivitäten müssen für alle
28 EuropäerInnen einsehbar sein. Es existiert zwar schon ein freiwilliges
29 Lobbyismusregister, ein Eintrag darauf ermöglicht Lobbyisten einen vereinfachten
30 Zugang zu den europäischen Regierungsgebäuden, die Eintragung mit jeweils
31 aktuellen Informationen zu den oben genannten Punkten muss zukünftig
32 verpflichtend sein, sofern es sich um berufsmäßige Interessenvertreter handelt.

33

34 **Wir fordern daher:**

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17

- ➔ obligatorische Konsultation europäischer Gewerkschaftsverbände im
- ➔ Gesetzgebungsprozess zu Materien des Arbeits- und Wirtschaftspolitik
- ➔ Verpflichtende Einsetzung von Euro-Betriebsräten bei Betrieben mit Standorten in mehreren Ländern
- ➔ Gründung einer europäischen Rundfunkanstalt
- ➔ mehr Information über die Tätigkeiten der EU und Teilhabemöglichkeiten für die BürgerInnen, wobei insbesondere die stärkere Nutzung von online Angeboten überprüft werden soll
- ➔ Schaffung europäischer Mindeststandards über die demokratische Teilhabe in der Bildung und bei der Arbeit, wobei sich an den höchsten Standards innerhalb der EU orientiert wird
- ➔ die Überführung des europäischen Lobbyistenregisters von der Freiwilligkeit zur Verpflichtung

Begründung erfolgt mündlich

11

Antragsteller: Kreisverband Saarlouis

angenommen

1 **Deutschland 4.0**

2
3 Die Angst geht um in Deutschland! Finanzkrise, NSU – Morde, RTL und eine nie
4 dagewesene langweile Bundesligasaison 2013/14 bedrohen die Deutschen. Besonders der
5 deutsche Mittelstand mit durchschnittlich 2,0 Elternteilen und 2,3 Autos leidet besonders
6 unter den rapide wachsenden Problemen, die sich auftuen. Eine Katastrophe bahnt sich an, die
7 die Welt noch nicht gesehen hat. Ausgerechnet die unschuldigen Deutschen, ja, UNS
8 Deutsche, wird es treffen. Ein Volk, eine Nation, eine Rasse, die keiner Fliege was antuen
9 kann, wird aufs Äußerste strapaziert.

10 Als Opfer der Menschheit, müssen WIR also nun ein Vorbild sein, ein Führer der Welt. Um
11 dieses Endziel zu erreichen muss sich das Deutschland, was wir heute kennen, neuen Updates
12 unterziehen. Denn nur dadurch schaffen WIR es, die Welt vor den Anderen zu retten. Der
13 Betatest dieses neuen Deutschlands, mit Namen: „Deutsches Reich 4.0“, ist bereits am
14 Laufen. Es müssen nur noch die letzten Bugs behoben werden.

15
16 Wir Jusos fordern daher:

- 17 • Im Zuge der Nachlässigkeiten des Verfassungsschutzes, fordern wir die Errichtung einer
18 neuen Bundesbehörde, mit dem Ziel, die Arbeit des Verfassungsschutzes zu überwachen,
19 sodass ein noch fortschrittlicherer Verfassungsschutz entsteht.

20 Da allerdings niemand so recht weiß, was der Verfassungsschutz eigentlich macht, muss
21 ebenfalls eine neue Bundesbehörde entstehen, die herausfinden soll, was der
22 Verfassungsschutz überhaupt tut.

23 Da diese neu geschaffenen Behörden natürlich auch der Verfassung unterstehen, werden sie
24 automatisch vom Verfassungsschutz kontrolliert, um der Verfassung zu dienen.

- 25 • Der Führerkult um die Person der/die/des Merkel(s) muss augenblicklich gebrochen werden.
26 Dazu gehört insbesondere die Vernichtung aller Merkelbilder im deutschen Lande und die
27 Zerschlagung der weit verbreiteten Vereine, zur Züchtung von gehorsamen Anhängern, auch
28 Junge Union genannt.

- 29 • Das Carl-Arthur Bühring-Haus in Berlin muss im Rahmen einer Verschönerungsaktion
30 komplett neu gestrichen werden! Um den in diesem Haus vertretenen Personen gerecht zu

1 werden, fiel die Wahl der Farbe auf Rosa. Forscher wollen dabei eine neue Methode der
2 Streichung von Häusern ausprobieren: Mit einem Katapult, zuvor in rosa Farbe getauchte,
3 Fäkalien darauf schießen. Man darf gespannt sein.

- 4 • Die Gründung idiotischer Parteien muss untersagt werden! Parteien, die sich in letzter Zeit
5 gegründet haben, müssen umgehend endgelagert werden. Die „Alternative für Deutschland“
6 soll dafür in ein Altenheim eingewiesen werden. Alle sechs Monate muss dann ein zufällig
7 ausgewähltes Bundesland – ausgelost durch das Münchener Gericht – die AfD besuchen um
8 Monopoly mit ihm zu spielen. Natürlich nur die gute alte Version mit Reichsmark.
9 Gesamtziel der deutschen Parteienlandschaft ist die Kollektivierung aller Parteien in einer
10 einzigen Partei. Vorschlag wäre die **„Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz,
11 Elitenförderung und basisdemokratische Initiative“**.
- 12 • Die RTL-Zentrale (Picassoplatz 1/50679 Köln) muss dem Erdboden gleich gemacht werden.
13 Bei Kooperation werden die Redakteure vielleicht auch davor aus dem Gebäude gelassen.
14 Wohl aber eher nicht.
- 15 • Um auch noch in der kommenden Saison spannenden Fußball zu erleben, wird Uli Hoeneß
16 verpflichtet, in jedem Spiel des FC Bayern München, 90 Minuten durchzuspielen. Bei Protest
17 seitens Uli Hoeneß, muss dieser als Strafe zusätzlich noch in diesen 90 Minuten seine
18 Nürnberger Bratwürstchen selber essen.
- 19 • Stefan Raab wird als Konfliktlöser in den Nahen Osten entsandt. Mit einem neuen
20 Showkonzept, namens: „Gewalt muss sich wieder lohnen“, lädt er gleichzeitig Israelis und
21 Palästinenser in seine Show ein und verspricht eine neue Rakete für jeden Zahn, den die
22 Gäste sich gegenseitig ausschlagen können.

23
24 Begründung: erfolgt mündlich.

25

12

Antragsteller: Landesvorstand

angenommen

1 **International Solidarity- Standing close together in times of struggles!**

2

3 Die Jusos standen und stehen wie kein anderer Jugendverband für die internationalistische
4 Zusammenarbeit mit Partner_innen auf der ganzen Welt. Oft wurde diese Partnerschaften vor
5 große Hürden gestellt, oft war es nur mit sehr großer Anstrengung möglich einen
6 gemeinsamen Rahmen für die Zusammenarbeit zu finden aber immer war es uns ein Anliegen
7 gemeinsam mit unseren Genoss_innen diese Hürden zu überwinden.

8 Wir erkennen, international, in Zeiten von gesellschaftlichen und politischen
9 Richtungskämpfen die Notwendigkeit uns mit denen solidarisch zu erklären, die gemeinsam
10 mit uns an der Vision einer besseren und gerechteren Welt festhalten.

11

12 Vor zwei Wochen begann im Zentrum Istanbuls die Demonstrationen für den Erhalt des Gezi-
13 Parks und gegen den Neubau eines Einkaufszentrums. Hintergrund der kapitalismuskritischen
14 Demonstrationen waren die Politiken von Erdogan und der AKP rund um die Gestaltung der
15 Städte. Dieser Protest wandelte sich allerdings im Laufe von kurzer Zeit zu einem breiten
16 Aufbegehren gegen das politische Establishment. Bereits kurz nach dem Beginn der Proteste
17 reagierte die türkische Regierung mit starker Repression gegenüber den Demonstrant_innen
18 auf den Straßen so der Einsatz von Wasserwerfern, Tränengas und scharfer Munition wurde
19 zum Alltag für tausende Menschen in der Türkei.

20

21 Wir solidarisieren und mit all den Menschen auf den Straßen der Türkei, die für Freiheit,
22 Demokratie und Menschenrechte und gegen Polizeistaat und Korruption kämpfen. Wer gegen
23 Menschen mit solchen Methoden vorgeht soll wissen, dass wir Seite an Seite mit ihnen,
24 insbesondere mit unseren Genoss_innen stehen, und keinen Meter zurückweichen!

25 Ungeachtet der momentanen Lage der Türkei dürfen jedoch die Beitrittsverhandlungen nicht
26 zum Erliegen kommen, gerade in diesen Zeiten muss Europa beweisen, dass Frieden,
27 Menschenrechte und Demokratie zentraler Bestandteil der Wertegemeinschaft sind. Die
28 europäische Union muss gezielte Druck auf die Regierung in Ankara ausüben um diesen
29 unhaltbaren Zustand zu beenden!

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

Die Nachricht über den Tod von unserem Genossen Abdullah Cömerts, einem Aktivist von unserer Partnerorganisation, der CHP berührt uns sehr. Abdullah kam bei dem Kampf für seine und unsere Grundwerte ums Leben. Die Jusos Saar fühlen, in tiefer Trauer, gemeinsam mit den Menschen die ihm nahe standen, seiner Familie und seinen Freunden. Repressionen seitens der Polizei, die derzeit täglich auf den Straßen der Türkei und anderswo zu sehen sind, sind für uns weder akzeptabel noch tolerierbar!

Ebenso wurde letzte Woche Clément Méric, ein junger Antifaschist und Gewerkschafter, auf offener Straße von rechtsradikalen Verbrechern ermorde. Als er aus einem Laden in Paris kam, wurde Clément Méric, ein 18jähriger Antifaschist und Aktivist einer Gewerkschaft von Mitgliedern einer rechtsextremistischen Gruppe totgeschlagen. Er hatte die Stadt Brest verlassen, um sein Studium der Politikwissenschaft in Paris fortzusetzen, und ist diese Woche zum Opfer der in den letzten Monaten immer wachsenden Gewalttätigkeit der rechtsextremistischen Gruppierungen gefallen. Die gemeinsam mit anderen Antifaschist_innen bekämpft hat.

Wir möchten seiner Familie, Genoss_innen und seinen Freunden unsere Anteilnahme sowie unsere Solidarität entgegenbringen. Wir solidarisieren uns mit allen Antifaschist_innen und rufen zu Aktionen aller Art gegen rechte Gewalt und menschenverachtende Einstellungen auf.

Für die Jusos Saar ist die internationale Solidarität mit Protesten und den Kampf für Demokratie, Menschenrechte, politische Freiräume und gegen rechte Einstellungsmuster sind nicht verhandelbar!

Unverhältnismäßige Polizeigewalt wie in der Türkei und anderswo ist strikt abzulehnen und mit zivilem Ungehorsam entgegenzutreten.

Unsere Ideen müssen wir nicht nur in Debatten in diskussiven Räumen behaupten, wir wollen auch die Deutungshoheit auf der Straße zurückgewinnen.

Antifaschismus, Antinationalismus und der Kampf für Demokratie und Menschenrechte ist als unser Ziel stets im Fokus unserer gesellschaftlichen und politischen Arbeit und muss weiterhin gefordert und gefördert werden.

Es gilt, was schon immer galt, kein Vergeben kein Vergessen!

13

Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Land

angenommen

1 **Initiativantrag: „Sofortige Abschaltung des Atomkraftwerks Cattenom“**

2

3 Antragsteller: SB-Land

4 Zur Weiterleitung an:

5 - SPD Landesparteitag

6 - SPD Bundestagsfraktion

7 - SPE - Kongress

8 - Fraktion der Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

9 Wir fordern die sofortige Abschaltung des Atomkraftwerks Cattenom!

10 Gestern um 13:30 Uhr kam es in Cattenom wieder zu einem Vorfall. Eine große schwarze

11 Rauchschwade ist aufgestiegen. In den letzten Monaten kam es immer wieder zu nicht ganz

12 unerheblichen Zwischenfällen. Viele Menschen in der Großregion leben seitdem in Angst.

13 Begründung erfolgt mündlich.

14

15

B3

Antragsteller: Kreisverband Saarpfalz

angenommen

1 **Kein Verbot Bildfähiger Geräte an saarländischen Schulen**

2

3 **Forderungen:**

4

5 1. Ein striktes Verbot von Smartphones, Tablet-PCs, Laptopc, etc. an Schulen ist
6 strikt abzulehnen. Integration neuer Medien in den Unterricht ist die
7 wertvollere Alternative anstatt einer Verbannung aus dem
8 Unterricht/Schulgelände.

9

10 2. Lehrkräfte schulen, interaktive Weitergabe von Wissen! Lehrkräfte sollten
11 regelmäßig selbst im Umgang mit neuen Medien geschult werden, damit die
12 Nutzung internetverbundener Tablet-PCs und/oder Smartphones kein Tabu
13 Thema mehr ist.

14

15 3. Generelle Verbote per Hausordnung sind nicht zulässig. Der Lehrer muss die
16 Freiheit haben, über den Einsatz von Medien in der jeweiligen
17 Unterrichtsstunde frei zu entscheiden."

18

19 4. Das Angebot s.g. "bildfähiger Geräte", wie die Tablet-PCs des LPM, muss
20 ausgebaut werden. Es muss an Schulen die Möglichkeit geben solche Geräte
21 zu Projektzwecken auszuleihen.

22

23 **Analyse:**

24 Digitalisierung und Technisierung sind Prozesse in unserer modernen, multimedialen

1 Gesellschaft, deren Triebe mittlerweile nahezu alle gesellschaftlichen Bereichen
2 durchsetzt haben. Ob die Revolutionierung der schnellen Kommunikation, die
3 ständige Erreichbarkeit oder der rasante Informationsfluss, das Internet und seine
4 mobilen Zugangsgeräte sind aus den meisten Alltagsabläufen heute nur noch schwer
5 wegzudenken.

6 Statistisch gesehen ist die Anzahl der Nutzer im Bund in den letzten 3 Jahren
7 explodiert: Zwischen 2009 und 2012 ist der Zahl der Nutzer eines Android oder iOS
8 basierenden Smartphonesystems von 6,31 Mio auf 31 Mio Nutzern gestiegen.
9 (Quelle: Statista, Saarländische Universitäts- und Landesbibliothek)

10

11 Es ist naheliegend, dass bei einer solchen Nutzungsexplosion auch das Altersniveau
12 der Smartphone-Erstnutzer sinkt, sprich: die Konsumenten von mobilem Internet
13 werden immer jünger. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Grad der
14 Technisierung fortschreitet und nachfolgende Generationen viele digitale Prozesse,
15 die für zahllose Generationen davor noch atemberaubendes Neuland waren,
16 mittlerweile als selbstverständlich erachten. Wenn junge Generationen in dieser hoch
17 technisierten Welt aufwachsen, ist es an der Zeit, dass die Bildungsinstanzen
18 sensibel darauf reagieren und sich vor dem Digitalisierungsprozess nicht
19 verschließen. Wer früh mit „neuen Medien“ im Unterricht arbeitet, kann sich die
20 Vorteile dieser Technisierung zu Nutze machen. Schüler_innen könnten dadurch
21 immens profitieren, der Unterricht mit dem eigenen privaten Laptop, dem Einbinden
22 des eigenen Smartphones oder mit Tablets aus der Schule ist modern und zeugt
23 von Willen, Verantwortung für den richtigen Umgang mit technischen Hilfsmitteln zu
24 übernehmen. Interessant ist der Erfahrungsbericht aus der Gemeinschaftsschule in
25 Gersheim. Hier bekamen Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 6 und 9 die
26 Möglichkeit, die Arbeit und der Umgang mit modernen Medien (in dem Fall Tablet-
27 PCs) für 4 Wochen zu testen. Die Geräte wurden hierzu vom LPM der Schule zur
28 Verfügung gestellt. Im persönlichen Gespräch mit der stellvertretenden Schulleitung
29 bekamen wir das Projekt als fruchtbar, motivierend, und auch begeisterungsfähig
30 beschrieben. Vier Wochen lang arbeiteten die Schülerinnen und Schüler intensiv
31 damit. So kam es zu dem großen Erfolg erstmals mit Hilfe dieses Mediums ein Ebook
32 zu gestalten, welches den Schüleraustausch mit der Partnerschule in Bazancours
33 dokumentiert. Eine bleibende Erinnerung für jeden einzelnen. Im Unterrichtsfach

- 1 Gesellschaftswissenschaften wurde die Thematik „Entstehung des
- 2 Nationalsozialismus“ und „Zweiter Weltkrieg“ mit Hilfe der Tablet-PCs erarbeitet . Die
- 3 Aufgabe bestand darin, die Rechercheergebnisse in einem elektronischen Buch zu
- 4 dokumentieren und aufzubereiten.Abschließend ist zu sagen, dass die Begeisterung
- 5 bei den Schülerinnen und Schülern als auch bei den Lehrkräften sehr groß war,
- 6 ebenso das Bedauern als die Geräte wieder ans LPM zurückgegeben worden sind.
- 7
- 8 Die Begründung erfolgt mündlich.

G2

Antragsteller: Arbeitskreis Gleichstellung

angenommen abgelehnt verwiesen an

1 Vereinbarung Familie und Beruf

2

3 Zu Weiterleitung an den Juso Bundeskongress

4 Zur Weiterleitung an die SPD Landeskonferenz

5

6 Analyse:

7

8 Junge Familie in Deutschland haben es zur Zeit schwer. Sowohl der Mangel an
9 Betreuungsplätzen als auch unflexibel Arbeitszeiten führen dazu, das ein Elternteil
10 die Berufstätigkeit aufgeben muss. Für viele bedeutet dies zugleich das Karriere aus,
11 denn wer mehrere Jahre aus dem Beruf ausscheiden muss findet häufig schwerer
12 wieder zurück ins Berufsleben.

13 Unser Ziel muss die Unterstützung junger Familien sein, wofür der Staat die
14 notwendigen Rahmenbedingungen schaffen muss. Jedes Kind braucht ein
15 garantiertes Recht auf Fürsorge, und Bildung. Aber auch der Aufgabe der Erziehung
16 muss sich der Staat stellen, denn Erziehung ist immer auch Bildung, genauso ist
17 Bildung immer zugleich Erziehung. Eine umfassende pädagogische Betreuung vom
18 ersten bis zum vierzehnten Lebensjahr ist für die Vereinbarung von Familie und Beruf
19 und für die Chancengleichheit aller Kinder unabhängig von den finanziellen
20 Möglichkeiten der Eltern Voraussetzung.

21 Ein erster Schritt ist mit dem ab August 2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen
22 ganztägigen Betreuungsplatz für jedes Kind vom vollendeten ersten bis zum
23 vollendeten dritten Lebensjahr getan. Die Umsetzung dieses Rechtsanspruchs ist
24 aus mehreren Gründen ein wichtiger Schritt in eine gleichberechtigte Gesellschaft:

25 Zum einen steht hier das Recht eines jeden Kindes auf gute Bildung im Vordergrund.
26 Heute bestimmen vor allem das Einkommen der Eltern und der Wohnort die Qualität
27 der Kindertagesstätte. Zunächst müssen jedoch die Aufgabenbereiche der
28 Kinderbetreuung definiert werden. In der heutigen Gesellschaft wird häufig zwischen
29 Erziehung und Bildung unterschieden, doch besonders bei Kleinkindern geht beides

1 Hand in Hand. Um eine qualitativ hohe und gebührenfreie frühkindliche Bildung zu
2 gewährleisten, muss der Bereich Kleinkinderbetreuung dem Ministerium für Bildung
3 unterstellt werden.

4 Besonders unverständlich ist der schleppende Ausbau in Anbetracht der neusten
5 Zahlen zum Fachkräftemangel in Deutschland.

6 Die aktuelle Generation junger Frauen ist hervorragend ausgebildet und übertrifft in
7 den akademischen Leistungen im Durchschnitt die männlichen Kollegen. Trotzdem
8 muss ein Großteil dieser Frauen sich auch heute noch zwischen Beruf und Familie
9 entscheiden. Gerade einmal 5,7% der nicht erwerbstätigen Frauen mit einem oder
10 mehreren Kindern unter 6 Jahren, die mit einem voll erwerbstätigen Partner
11 zusammenleben, haben dieses Lebensmodell gewählt. Der Großteil der nicht
12 berufstätigen Frauen wird unter anderem durch das mangelnde Betreuungsangebot
13 in das Hausfrauenmodell gepresst.

14 Dem entgegen steht das 2012 verabschiedete Betreuungsgeld. In Zusammenhang
15 mit dem Kinderförderungsgesetz, wonach jedem Kleinkind ein Betreuungsplatz
16 zusteht, ist das Betreuungsgeld ein wirtschaftliches Desaster. Die Bereithaltung eines
17 Betreuungsplatzes und die gleichzeitige finanzielle Förderung der nicht
18 Inanspruchnahme dieses KiTa- Platzes ist aus wirtschaftlicher Sicht nicht vertretbar.
19 Die durch das Betreuungsgeld anfallenden Kosten von jährlich bis zu 2 Milliarden
20 Euro müssen komplett in die Finanzierung der Kinderbetreuung investiert werden.

21 Auch außerhalb der KiTa Öffnungszeiten müssen wir junge Familien mehr
22 unterstützen. Besonders im Schichtbetrieb arbeitende Eltern können die Betreuung
23 eines Kleinkindes und den Berufsalltag kaum unter einen Hut bringen. Häufig stoßen
24 diese Eltern innerbetrieblich auf großes Unverständnis von Vorgesetzten und
25 Kollegen, wenn sie versuchen den Schichtplan dem Familienleben anzupassen. Hier
26 muss ein gesellschaftliches Umdenken erfolgen, das nur durch ein starkes
27 Engagement von Arbeitgebern aber auch gesetzlichen Regelungen erwirkt werden
28 kann. Daher fordern wir eine Befreiung von Nachtschichten für jeweils ein Elternteil,
29 bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes.

30 Auch in späteren Lebensphasen des Kindes müssen Eltern die Möglichkeit erhalten,
31 flexibel auf die Bedürfnisse ihres Kindes einzugehen. Arbeitszeitmodellen zur
32 Reduzierung der Arbeitsstunden, Job-Sharing und Gleitzeitmodellen können hier
33 Abhilfe schaffen.

1 Das Angebot an Ganztagschulen sowohl im Grundschul-Bereich als auch für Kinder
2 und Jugendliche der Sekundarstufe I steht weit hinter dem Bedarf zurück. Der
3 Ausbau der Ganztagsbetreuung für Schulkinder muss ausgebaut und mit dem
4 Lehrplan wie auch der Pausenregelung vereinbart werden.

5 Auch während der Ferien müssen Kinder berufstätiger Eltern betreut werden. Daher
6 ist ein Flächendeckendes Angebot an Ferienbetreuungen zur Umsetzung einer
7 ganzzzeitlichen Betreuung von Kindern und Jugendlichen unumgänglich.

8 Wären sich 1978 noch ein Großteil der Männer als "Ernährer" verstand, waren es
9 2009 nur noch 38 Prozent¹. Aktuell sehen sich 46 Prozent der befragten Männer
10 unter 45 Jahren eher als "aktive Erzieher"². Um die Zielsetzung eines Ausgleiches
11 der Geschlechterrollen zu erreichen ist eine Unterstützung der aktiven Vaterschaft
12 unumgänglich .In vielen Bereichen der Kindesversorgung wird heute schon der
13 Fokus auf eine „nachhaltige Familienpolitik“ gelegt. So kann jedes Elternteil
14 gleichermaßen Erziehungsgeld oder Elternteilzeit beantragen. Direkt nach der Geburt
15 des Kindes liegt die Verantwortung aber immer noch bei der Mutter. Gerade in den
16 ersten Wochen nach der Geburt ist die Belastung für die Eltern durch die neue
17 Situation besonders hoch. Daher fordern wir einen Vaterschaftsurlaub von 10
18 Arbeitstagen direkt nach der Geburt des Kindes.

19 Politik kann großen Einfluss auf die gelebten Rollenbilder ausüben. Besonders die
20 Diskriminierung arbeitender Mütter ist ein Problem, das sich durch alle
21 Gesellschaftsschichten zieht. Dies kann nur durch die Wandelung des
22 Gesellschaftsbildes der Frau als Individuum und nicht dem der reinen Hausfrau und
23 Mutter erreicht werden. Durch die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter mit
24 Hilfe eines gut durchdachten Betreuungssystems für Kinder und Jugendliche sowie
25 die Unterstützung der aktiven Vaterschaft können traditionelle Rollenverhältnisse
26 aufgebrochen werden.

27

28 **Wir fordern deshalb:**

- 29 - Umfassende und gebührenfreie pädagogische Betreuung vom ersten
30 bis zum vierzehnten Lebensjahr

¹ Vgl. Helge Pross, Die Männer. Eine repräsentative Untersuchung über die Selbstbilder von Männern und ihre
Bilder von der Frau, Hamburg 1978

² BMFSFJ (Hrsg.), Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009. Monitor Familienforschung,
Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Berlin 2009.

- 1 - Umsetzung des Kinderförderungsgesetz, wonach jedem Kleinkind ein
- 2 ganztägiger Betreuungsplatz zusteht.

- 3 - die Kinderbetreuung vor Eintritt in die Schule muss auch Bildung sein.
- 4 Der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten und Kindergärten muss
- 5 somit dem Bildungsministerium unterstehen

- 6 - Abschaffung des Betreuungsgeld

- 7 - eine Befreiung von Nachtschichten, bei vollem Ausgleich der
- 8 „Nachtschichtzulagen“, für jeweils ein Elternteil, bis zur Vollendung des
- 9 dritten Lebensjahres des Kindes.

- 10 - Förderung von Arbeitszeitmodellen zur Reduzierung der
- 11 Arbeitsstunden, Job-Sharing und Gleitzeitmodelle

- 12 - Ausbau von Ganztagschulen

- 13 - Ein flächendeckendes Angebot an Ferienbetreuung, dieses Angebot
- 14 soll, wo möglich, mit Kooperationspartner*innen von anerkannten
- 15 Trägern außerschulischer Bildungsarbeit durchgeführt werden“

- 16 - einen Vaterschaftsurlaub von 10 Arbeitstagen direkt nach der Geburt
- 17 des Kindes

- 18 - Bekämpfung der Diskriminierung arbeitender Mütter

19

20 Begründung: erfolgt mündlich

21

N1 und 3

Antragsteller: Kreisverbände Saarlouis und
Saarpfalz

angenommen

1 **Netzneutralität sichern – Teilhabe aller ermöglichen – Privilegien verhindern!**

2
3
4 **Wir Jusos fordern:**

- 5
- 6 • die Wahrung der Netzneutralität in allen Bereichen mindestens in ihrer jetzigen
7 Form.
 - 8 • in allen Bereichen, in denen die Netzneutralität eingeschränkt ist, muss für
9 eine vollständige Netzneutralität geschaffen werden.
 - 10 • eine gesetzliche Verankerung der Netzneutralität auf nationaler und
11 internationaler Ebene zum Erhalt eines offenen und pluralistischen Mediums.
 - 12 • das so genannte Best Effort Prinzip (größtmögliches Bemühen des Anbieters,
13 schnellstmöglich, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen, die
14 Übermittlungsanfragen zu bedienen) ist auf das absolut notwendige Maß zu
15 beschränken. Es darf nicht zu einer Aufweichung der Netzneutralität
16 missbraucht werden!
 - 17 • sämtliche Provider auf, verschiedene Dienste nicht zu sperren oder zu
18 beschränken. Jeder Nutzer soll Zugang zu jedem Inhalt und jeder Anwendung
19 unabhängig der vom eigentlichen Inhalt im Internet haben. Der
20 Internetanbieter hat hier nur die Rolle zu erfüllen, die Leitung anzubieten und
21 für eine Übermittlung der Datenpakete zu sorgen. Seine Aufgabe besteht nicht
22 darin, die Inhalte zu überprüfen. Jegliche Inhaltskontrolle der Provider mit Hilfe
23 von DPI oder anderen Verfahren lehnen wir daher ab!
- 24
25
26
27

1 Analyse:

2

3 Das Internet ist zwar kein rechtsfreies, jedoch ein freies und offenes Medium, das
4 jede*r mittlerweile an jedem verfügbaren Ort mit entsprechenden Endgeräten nutzen
5 kann. Es trägt in erheblichem Maße zur Meinungsvielfalt bei und ermöglicht so eine
6 Stärkung der Demokratie. Die Ausschöpfung enormer Potenziale für die
7 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung ist nicht von der Hand zu weisen.
8 Das Internet ist folglich auch Motor für den (IT-)Standort Saarland und gleichzeitig
9 Triebfeder für Kreativität und Innovationen.

10 Der Garant für die beschriebenen Merkmale ist die Netzneutralität. Hauptsächlich auf
11 ihrer Grundlage hat sich das Internet zum wohl bedeutendsten Medium unserer Zeit
12 entwickelt. Die Voraussetzung für diesen Werdegang ist dabei hauptsächlich in der
13 Offenheit des Systems zu sehen. Hierdurch wird Pluralismus und eine
14 kommunikative Chancengleichheit sichergestellt, die kein anderes Medium in diesem
15 Ausmaß erfüllen kann.

16 Die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger können in gleichem Maße, mit Hilfe
17 des World Wide Web, eine Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
18 Leben erfahren. Die Teilhabe der Bevölkerung an der modernen, digitalen
19 Gesellschaft bedingt, dass jedermann gleichberechtigt das Internet für seine Zwecke
20 nutzen und Zugang zu allen im Netz verfügbaren Inhalten erhalten kann. Diese
21 gleichberechtigte Teilhabe der Dienste im Netz war bisher zumindest im
22 grundsätzlich unumstritten, ohne dass dies hätte gesetzlich geregelt werden müssen.
23 Gerade aber vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen und Diskussionen
24 verschiedener Anbieter*innen von DSL-Festnetzanschlüssen wird es immer
25 wichtiger, die Netzneutralität gesetzlich festzuschreiben.

26

27 Unter Netzneutralität verstehen wir die wertneutrale Datenübertragung im Internet.
28 Dabei senden die Provider Datenpakete im Internet unverändert in Qualität, Art und
29 Umfang gleichbleibend und unabhängig davon, woher diese stammen, zu welchem
30 Ziel sie transportiert werden sollen, was Inhalt der Pakete ist und welche Anwendung
31 die Pakete generiert hat. Die Aufgabe der Provider besteht aus unserer Sicht
32 lediglich aus dem Transport der zu übermittelnden Datenpaketen und nicht die
33 vorherige Überprüfung des Inhalts desselben. Weiterhin darf es nach unserem
34 Verständnis keine nicht-anrechnung hauseigener Dienste und/oder Diensten von

1 Kooperationspartner*innen auf das Inklusivvolumen geben, da damit eine
2 Überprüfung jeglichen Datenverkehrs durch den Provider einhergehen würde.

3
4 Die Netzneutralität nach unserem Verständnis ist allerdings mittlerweile in Gefahr
5 geraten. Große Provider planen, die unbegrenzt freie und qualitativ hochwertige
6 Übermittlung von Datenpaketen im Internet nur noch gegen Buchung eines
7 Zusatztarifs zu ermöglichen oder haben dies zum Teil sogar schon umgesetzt. Die
8 bestehenden Leitungen bzw. der eigentlich mögliche Datendurchsatz werden also
9 künstlich gedrosselt. Allen voran die Deutsche Telekom sieht hier scheinbar neue
10 Einnahmequellen. So soll nach den Plänen des Providers die Abschaffung von
11 Flatrates bei Festnetz-Internet-Anschlüssen in Kürze erfolgen. Eine solche
12 Drosselung gibt es bereits in den VDSL- und Glasfasertarifen der Telekom; sie
13 beginnt, je nach Variante, bei 100 Gigabyte im Monat.

14
15 Im Mobilfunk des Anbieters ist diese Praxis bereits Realität. Dort wird bereits die
16 Übertragungsgeschwindigkeit nach dem Erreichen eines Inklusivvolumens derart
17 heruntorgeregelt, dass eine vernünftige Nutzung des Internet de facto nicht mehr
18 möglich ist. Mit dieser Thematik haben wir uns bereits im vergangenen Jahr
19 auseinandergesetzt und fordern weiterhin die Abschaffung der „Pseudo-Flatrates“ im
20 Bereich mobiler Datenverträge.

21
22 Sollte es auch im Festnetz-Bereich zu einer solchen Drosselung ab einem
23 bestimmten Nutzungsvolumen in Verbindung mit der Bevorzugung hauseigener
24 Dienste kommen hätte diese fatale Folgen.

25
26 Diese Verletzung der Netzneutralität würde für die Wirtschaft bedeuten, dass sich
27 Markt- und Meinungsmonopole im Internet verstärken. Die Einführung
28 „verschiedener Qualitätsklassen“ und ein „Internet der Wahlmöglichkeiten“ wären die
29 Folgen. Dabei versprechen sich die Provider natürlich eine Steigerung der
30 Einnahmen. Daneben würde eine Verletzung des Prinzips der Netzneutralität dazu
31 führen, dass große Anbieter kleinere Konkurrenten vom Markt drängen könnten.
32 Schon jetzt plant die Telekom bspw., ihr eigenes Programm „Entertain“ vom
33 Datenvolumen auszusparen. Dies stellt eine Benachteiligung gegenüber kleineren
34 Anbietern dar, deren Dienste nicht vom Datenvolumen der Nutzer unberücksichtigt

1 bleiben. Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie wichtig die Wahrung der Netzneutralität
2 ist.

3
4 Die Abschaffung der Netzneutralität würde daneben dazu führen, dass einer
5 Regionalisierung und Nationalisierung Vorschub geleistet würde. Eine Priorisierung
6 der Datenpakete hätte bspw. zur Konsequenz, dass Inhalte aus anderen Ländern
7 wie bspw. eine Mail aus Südafrika, nicht genauso schnell übermittelt werden würde,
8 wie eine eMail aus dem eigenen Land. Dies lehnen wir entschieden ab.

9
10 Für die Nutzerinnen und Nutzer würde die Abschaffung der Netzneutralität bedeuten,
11 dass in Zukunft ein „Zwei-Klassen“ Internet geschaffen wird. Diejenigen, die sich
12 schnelle Bandbreiten und einen bevorzugten Transport ihrer Datenpakete leisten
13 können, werden gegenüber denen privilegiert, die sich dies nicht leisten wollen oder
14 schlimmer, nicht leisten können.

15
16 Die Praxis zeigt, dass schon heute de facto eine Verletzung der Netzneutralität von
17 vielen Verbänden festgestellt wird. Immer mehr Anbieter durchsuchen den
18 Datenverkehr mit Hilfe einer sogenannten „Deep Packet Inspection“ (DPI) ihrer
19 Kunden und drosseln oder verbieten bestimmte Inhalte, Dienste und Geräte. Vor
20 allem im Mobilfunk-Bereich untersagen fast alle Anbieter bestimmte Nutzungsarten
21 des Internets per AGB (z.B. Filesharing oder VoIP). Aber auch bei Festnetz-
22 Anschlüssen mehren sich die Eingriffe in die Netzneutralität. Verbände und
23 Institutionen aus unterschiedlichsten Gesellschaftsbereichen kritisieren diese
24 Entwicklung.

25
26 Begründung erfolgt mündlich

27

28 **Netzneutralität gesetzlich verankern**

29 **Gegen das Ende der Flatrate**

30

31 **Die Landeskonferenz möge beschließen:**

32

33 Wir Jusos Saar fordern eine gesetzliche Regelung auf Europäischer Ebene, die die
34 Netzneutralität garantiert und eine gleichberechtigte Internetnutzung für

1 jedermann und jedefrau sicherstellt.

2

3 Wir lehnen das faktische Ende der Flatrate und die Entwicklung hin zur
4 „Drosselrate“, wie sie von der Telekom Deutschland eingeführt werden wird,
5 kategorisch ab, da sie das hohe Gut der Netzneutralität mit Füßen tritt.

6

7 **Begründung:**

8

9 Heute und in Zukunft ist die Netzneutralität die unabdingbare Voraussetzung gegen
10 ein Zwei-Klassen-Internet, in dem Online-Angebote von großen Internetkonzernen
11 den Datenverkehr dominieren und die Konzerne somit über den Großteil des
12 Traffics bestimmen können. Kleinere und neue Internetanbieter und –anbieterinnen
13 würden durch ein solches Szenario eindeutig benachteiligt.

14

15 Bereits heute wird mit der Privilegierung von eigenen Internetdiensten durch
16 Internetprovider und –providerinnen massiv gegen den Grundsatz der
17 Gleichbehandlung von Datenpaketen ohne Rücksicht auf deren Inhalt und Herkunft
18 im Web verstoßen. Jetzt hat der größte deutsche DSL-Anbieter eine Maßnahme
19 angekündigt, die die Netzneutralität auf inakzeptable Weise angreift:

20

21 Die Deutsche Telekom AG hat Anfang dieses Monats angekündigt, dass sie ab 2016
22 Breitbandzugänge von Privatkundinnen und –kunden drosseln wird. Geplant ist – je
23 nach maximaler Übertragungsrage – eine Begrenzung des ungedrosselten
24 Downloadvolumens auf bis zu 75 GB im Monat – ein Datenvolumen, das bereits
25 heute für 43% der Anwenderinnen und Anwender nicht mehr ausreicht. Ist dieses
26 „Freivolumen“ aufgebraucht, so soll der Downstream auf 384 kbit/s begrenzt
27 werden, es sei denn, man lässt sich von der Telekom – gegen Aufpreis natürlich –
28 zusätzliches Freivolumen freischalten.

29

30 Dieses Vorgehen ist für Internetnutzer und –nutzerinnen selbstverständlich sehr
31 ärgerlich und stellt im heutigen vom Internet bestimmten öffentlichen und sozialen
32 Leben (Tendenz: stark steigend!) geradezu einen Rückschritt in die Web-Steinzeit
33 dar, jedoch ist diese Tarifänderung per se gutes Recht der Telekom und nicht
34 ungesetzlich.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24

Wir Jusos lehnen jedoch die Abkehr von der Flatrate hin zur „Drosselrate“ kategorisch ab. In der heutigen Zeit gestaltet sich ein großer Teil des sozialen Lebens aber auch der Ausbildung und des Berufslebens über das Internet. Wer beruflich E-Mails mit großen Anhängen verschicken muss, Backups seiner Festplatte in Clouds ablegt, Installationsdateien herunterlädt oder einfach gerne Musik hört und Videos ansieht, erkennt den Unsinn dieser geplanten Tarifneuerung sofort.

Wenn die Telekom allerdings wie geplant das Datenvolumen ihrer konzerneigenen oder -verbundenen Dienste, wie z.B. Entertain (Internet-TV), Spotify (Musik-Streaming) oder VoIP von der Anrechnung auf das Freivolumen befreit, verstößt sie damit ganz eindeutig gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung von Datenpaketen und verletzt so massiv die Netzneutralität, welche garantieren soll, dass Datenpakete unabhängig von ihrem Ursprung und Inhalt auf gleiche Art und Weise – also mit gleicher Geschwindigkeit - transportiert werden müssen.

Die schwarz-gelbe „Bundesregierung“ hat beim Grundstein der Netzpolitik, nämlich der Sicherung eines wertneutralen und gleichberechtigten Internets, heute und in Zukunft, mit ihrer „laissez-faire“-Taktik kolossal versagt. Eine gesetzliche Grundlage auf europäischer Ebene ist unerlässlich, um die Netzneutralität zu garantieren.

Das ist das Ziel dieses Antrags.

K1

Antragsteller: Kreisverband Saarlouis

angenommen abgelehnt verwiesen an

1 **Ortsräte stärken statt abschaffen**

2
3 **Wir fordern:**

- 4 • Die Ortsräte müssen in Zukunft gestärkt und ihre Bedeutung für die einzelnen
5 Orte mehr herausgestellt werden.
- 6 • Eine Abschaffung der Ortsräte lehnen wir ab!

7
8 **Analyse:**

9
10 Aktuell wird im Zuge verschiedener Einsparmaßnahmen darüber diskutiert, die
11 Ortsräte abzuschaffen.

12 Dies sehen wir als ein großes Problem an.

13 Laut § 5 des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes ist die Gemeinde verpflichtet,
14 zur Förderung des Wohls ihrer Einwohnerinnen und Einwohner alle öffentlichen
15 Aufgaben zu erfüllen.

16 Gerade die Ortsräte, welche sich häufig für die Belange der Menschen vor Ort aktiv
17 einbringen, sind ein wichtiges Instrument der politischen Partizipation.

18 Im Kommunalselbstverwaltungsgesetz steht unter § 71 dass jeder Gemeindebezirk
19 einen Ortsrat zu bilden hat.

20
21 **Auszug Kommunalselbstverwaltungsgesetz § 71**

22 **Ortsrat**

23
24 Für jeden Gemeindebezirk ist ein Ortsrat zu bilden. Der Ortsrat besteht aus den von
25 den im Gemeindebezirk wohnhaften Bürgerinnen und Bürgern in allgemeiner,
26 gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl gewählten Mitglieder

27 § 5

28 Selbstverwaltungsangelegenheiten

1 (1) Die Gemeinden sind berechtigt und in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit
2 verpflichtet, zur Förderung des Wohls ihrer Einwohnerinnen und Einwohner alle
3 öffentlichen Aufgaben zu erfüllen, soweit diese nicht kraft Gesetzes anderen Stellen
4 übertragen sind.

5

6 (2) Die Gemeinden haben insbesondere die Aufgabe, das soziale, gesundheitliche,
7 kulturelle und wirtschaftliche Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern;
8 hierbei haben sie die Belange des Natur- und Umweltschutzes zu wahren, die
9 sportliche Betätigung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu unterstützen, der
10 Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen ein besonderes Gewicht
11 beizumessen und die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu verwirklichen. Sie
12 können sich an Städtepartnerschaften beteiligen. Sie arbeiten mit benachbarten
13 kommunalen Gebietskörperschaften anderer europäischer Regionen
14 grenzüberschreitend zusammen.

15 Die Ortsräte dienen den Gemeinden an erster Stelle als wichtiges Bindeglied
16 zwischen dem Bürger und der Verwaltung, wenn es Probleme gibt hat man einen
17 direkten Ansprechpartner vor Ort.

18 Im Normalfalle ist zu allen wichtigen Fragen, die den Ort Betreffen, ist der Ortsrat zu
19 hören.

20

21 **Die Aufgaben des Orsrates sind u.a. in §73 des**
22 **Kommunaleselbstverwaltungsgesetzes festgeschrieben.**

23

24 1. Unterhaltung, Ausstattung und Benutzung der im Gemeindebezirk gelegenen
25 öffentlichen Einrichtungen, wie Büchereien, Kindergärten, Kinderspielplätze,
26 Jugendbegegnungsstätten, Sportanlagen, Dorfgemeinschaftshäuser,
27 Friedhöfe und ähnliche soziale und kulturelle Einrichtungen, deren Bedeutung über
28 den Gemeindebezirk nicht hinausgeht, mit Ausnahme von Schulen,

29

30 2. Festlegung der Reihenfolge der Arbeiten zum Um- und Ausbau sowie zur
31 Unterhaltung und Instandsetzung von Straßen, Wegen und Plätzen, deren
32 Bedeutung über den Gemeindebezirk nicht hinausgeht, einschließlich der
33 Beleuchtungseinrichtungen,

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

3. Pflege des Ortsbildes sowie Unterhaltung und Ausgestaltung der örtlichen Park- und Grünanlagen, deren Bedeutung nicht wesentlich über den Gemeindebezirk hinausgeht,

4. Förderung von Vereinen, Verbänden und sonstigen Vereinigungen im Gemeindebezirk,

5. Förderung und Durchführung von Veranstaltungen der Heimatpflege und des Brauchtums im Gemeindebezirk,

6. Pflege vorhandener Patenschaften und Partnerschaften,

7. Durchführung von Gemeinschaftsveranstaltungen auf Gemeindebezirksebene,

8. Teilnahme an Dorfverschönerungswettbewerben,

9. Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen im Gemeindebezirk mit der Maßgabe, dass Doppelbenennungen innerhalb der Gemeinde unzulässig sind,

10. Wahl, Benennung oder Vorschlag von ehrenamtlich tätigen Personen, soweit sich deren Ehrenamt auf den Gemeindebezirk beschränkt und der Gemeinde diese Rechte zustehen.

Alle diese Aufgaben sehen wir als wichtig an.

Das Mandat als Ortsrat ist ein ehrenamtliches Mandat.

Gerade deshalb muss dafür gesorgt werden, dass es gestärkt und attraktiv und interessant gestaltet wird. Die aktuelle Diskussion in den Medien schwächt die Arbeit der Ortsräte und ihre Verdienste. Damit sinkt auch die Attraktivität für die Menschen, selbst ein Mandat im eigenen Ortsrat anzustreben.

Wir als Jusos halten die Ortsräte für ein wichtiges politisches Gremium, dass nah bei den Menschen ist und die Sorgen und Nöte der Menschen vor Ort kennt.

Wir brauchen auch in Zukunft starke Ortsräte die sich für Ihre einzelnen Orte sowie auch die Gemeinden/Städte einsetzen.

1 Auch die Argumentation hinsichtlich der Kosten können wir nicht nachvollziehen
2 und wollen wir nicht mittragen! – Kosten dürfen niemals der Grund für die
3 Abschaffung eines demokratischen Gremiums sein!

4

5

6 Begründung erfolgt mündlich

7

8

R1

Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Stadt

angenommen

1 **Verbot für „Flatrate-Bordelle“ und resoluten Vorgehen gegen Menschenhandel**
2 **und Zwangsprostitution**

3
4 Die Jusos Saar fordern die Landesregierung, die Bundesregierung und die
5 Europäische Kommission zu sofortigen Gegenmaßnahmen gegen ‚Flatrate-Bordelle‘,
6 Zwangsprostitution und Menschenhandel auf.

7
8 **Wir fordern im Einzelnen:**

- 9
10 - Stärkere Kontrollen durch zuständige Behörden vor Ort,
11 - ein sofortiges Verbot von Flatrate-Bordellen,
12 - schwere Strafen bei Verstoß gegen gesetzliche Auflagen,
13 - die verstärkte finanzielle und personelle Unterstützung für betroffene Frauen
14 durch Beratungsstellen und Sozialeinrichtungen,
15 - strengere Auflagen zur Genehmigung eines Bordells.
16 - Eine Novelierung des Prostitutionsgesetzes hin zu einem Prostitutionschutz-
17 gesetzes

18
19
20 **Begründung:**

21
22
23 Viele Bordellbetreiber werben mit Sex nach Belieben zu einem Festpreis. In diesen
24 sogenannten ‚Flatrate-Bordellen‘ ist die Behandlung der Frauen noch
25 menschenunwürdiger als sie in normalen Bordellen ohnehin bereits ist. Unbegrenzte
26 Sex-Angebote in Bordellen verschärfen das Problem der Zwangsprostitution,
27 Menschenhandel ist in Europa und auch darüber hinaus im Prostitutionsgewerbe-
28 gang und gäbe. Die Zahl der verurteilten Menschenhändler in Deutschland sinkt seit

1 2008 trotz der ansteigenden Opferzahlen. Zehntausende Menschen fallen in Europa
2 jährlich dem Menschenhandel zum Opfer.

3 Wir verachten diese skrupellosen und menschenverachtenden Praktiken auf das
4 Schärfste und fordern die Politik zum Gegensteuern auf!

5

6 *„Europa verstärkt den Kampf gegen sexuelle Ausbeutung. Doch ein besonders*
7 *schlechtes Bild gibt Deutschland ab – hier finden die Täter einen lukrativen*
8 *Markt mit Gesetzen, die sie kaum fürchten müssen. Der Und Deutschland*
9 *entwickelt sich zum Eldorado für Menschenhändler, die – vor allem – Frauen*
10 *und Kinder dazu zwingen, sich an zahlende Kunden zu verkaufen. Nach*
11 *Schätzungen der OSZE bringen Menschenhändler jedes Jahr allein zwischen*
12 *120.000 und 500.000 Frauen von Mittel- und Osteuropa nach Westeuropa und*
13 *zwingen sie oft zur Prostitution.“¹ Menschenhandel blüht.*

14

¹ DIE WELT vom 05. April 2013: In der EU werden Menschen wie waren gehandelt. Verfügbar unter <http://www.welt.de/politik/ausland/article115264552/In-der-EU-werden-Menschen-wie-Waren-gehandelt.html> , zuletzt abgerufen am 09. Mai 2013.

R4

Antragssteller: Kreisverband Saarlouis

angenommen

1 **Lebensbedingungen von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen anpassen**

2
3 **Wir fordern:**

- 4
- 5 • Eine komplette Umstellung vom Sachleistungsprinzip hin zu Geldleistungen, um
6 ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen

 - 7 • Die Wohn- und Sachausstattung in der Aufnahmestelle Lebach deutlich zu
8 verbessern. Darunter verstehen wir insbesondere eine Verbesserung der
9 sanitären Anlagen und größere Wohnflächen für die einzelnen BewohnerInnen

 - 10 • Die komplette Abschaffung des Arbeitsverbots, welches im ersten Jahr besteht
11 und des Vorrangprinzip, welches in der Folge de facto dazu führt, dass die
12 Asylsuchenden vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden

 - 13 • Die komplette Abschaffung der Residenzpflicht und stattdessen die Einführung
14 mildere Mittel wie z.B. eine regelmäßige Meldepflicht

15
16 **Analyse:**

17
18 In der Landesaufnahmestelle in Lebach sind zurzeit knapp 1000 Flüchtlinge und
19 AsylberwerberInnen untergebracht. Bei ca. der Hälfte von ihnen lief ein
20 Asylverfahren, bei ca. 350 von ihnen wurde dieses bereits abgelehnt. Diese
21 Menschen gelten nun als geduldet. Bei einem Drittel der BewohnerInnen handelt es
22 sich um Kinder und Jugendliche. Die Zahl der Abschiebungen in andere Länder
23 steigt kontinuierlich an. Während es sich im Jahr 2011 um 133 Abschiebungen
24 handelte, waren es letztes Jahr schon 158 an der Zahl. Gleichsam sinkt die Zahl der
25 anerkannten Flüchtlinge: Von 132 im Jahr 2011 auf 84 im Jahr 2012.

26

1 Jeder, der die Einrichtung einmal besucht hat, wird feststellen, dass der Zustand dort
2 nur als katastrophal bezeichnet werden kann. Im Januar 2013 kam es sogar zu
3 Stromabschaltungen seitens der Verwaltung.

4
5 Es wird zwar mittlerweile angestrebt, die Aufenthaltsdauer zu verkürzen; jedoch
6 leben dort Menschen teilweise seit 13 (!) Jahren in der Aufnahmestelle. Jeder Zweite
7 lebt länger als ein Jahr dort. Diese Menschen können aus den verschiedensten
8 Gründen nicht ausreisen, müssen so teilweise viele Jahre in der Aufnahmestelle
9 verbringen ohne die Chance, eine gesellschaftliche Teilhabe zu erfahren. Diese
10 lange Aufenthaltsdauer verletzt in eindeutiger Weise die Menschenwürde. Diesen
11 Zustand wollen wir endlich beenden.

12
13 Doch nicht nur die lange Aufenthaltsdauer ist abzuschaffen. Momentan dürfen die
14 AsylbewerberInnen lediglich innerhalb des Saarlandes reisen. In anderen
15 Bundesländern ist dies zwar teilweise auf den Landkreis beschränkt. Jedoch bleibt es
16 den Betroffenen im Saarland verwehrt, Freunde oder Familienmitglieder in Trier,
17 Kaiserslautern oder sonst außerhalb des Saarlandes zu besuchen. Auf diese Weise
18 wird ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt de facto verunmöglicht, die medizinische
19 Versorgung wird erheblich erschwert. Ebenso bleibt ihnen der Zugang zu rechtlicher,
20 sozialer Beratung und zu einer Betreuung im Asylverfahren verwehrt. Schon
21 geringste Verstöße führen dazu, dass das Asyl verwehrt wird. Dabei bleibt
22 unberücksichtigt, dass viele dieser Menschen schwer traumatisiert oder mit sonstigen
23 körperlichen und oder psychischen Störungen unser Land betreten. Ein Blick über
24 den Tellerrand zeigt im Übrigen, dass es innerhalb der EU nur in Deutschland
25 überhaupt eine Residenzpflicht gibt. Wir wollen diese Diskriminierung und
26 Überregulierung beenden.

27
28 Auch die Verpflegung der BewohnerInnen ist diskriminierend und im Ergebnis
29 menschenunwürdig. Es gehört zum Grundrecht eines jeden Menschen, Art, Form
30 und Maß der Verpflegung frei zu wählen. Das im Saarland angewandte
31 Sachleistungsprinzip besagt jedoch das genaue Gegenteil! Den Menschen in der
32 Aufnahmestelle Lebach werden Lebensmittel- und Pflegepakete zur Verfügung
33 gestellt. Zwar wurde kürzlich das magere Taschengeld für die BewohnerInnen
34 erhöht. Dies reicht jedoch in keinem Fall aus, überhaupt irgendeine Teilhabe am

1 gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Insbesondere die vielen Kinder und
2 Jugendliche leiden sichtlich unter der Situation und den Bedingungen und werden
3 durch die beschriebenen Maßnahmen zusätzlich stigmatisiert.

4

5 Wir wollen hier nicht weniger als einen Paradigmenwechsel im Asylverfahren und in
6 der Behandlung der AsylbewerberInnen und Flüchtlinge einleiten. Wir möchten den
7 Betroffenen mehr ermöglichen Auch sie sollen das Recht haben, über grundlegende
8 und existenzielle Bedürfnisse selbstbestimmt entscheiden oder zumindest
9 mitbestimmen zu dürfen. Diese Menschen dürfen nicht länger als lästige Belastung
10 für die kommunalen Finanzen gesehen werden. Auch sie haben Fähigkeiten und
11 Potenziale, die zu fördern es lohnen kann. Die Voraussetzung dafür ist jedoch, dass
12 man ihnen mindestens die Chance dazu gibt.

13

14 Begründung erfolgt mündlich

15

R6

Antragssteller: Kreisverband Saar-Pfalz

angenommen

1 **Freiheit schaffen - Versammlungsgesetz liberalisieren**

2

3 **Forderungen:**

4

5

6 1. Wir fordern ein Versammlungsgesetz für das Saarland. Ein solches
7 Versammlungsgesetz soll den Demonstrierenden mehr Rechte einräumen, als
8 dies bisher der Fall ist.

9

10 2. Wir lehnen eine anlasslose Videoüberwachung von Demonstrierenden ab.
11 Eine Überwachung von Demonstrationen durch Drohnen soll verboten
12 werden.

13

14 3. Das Nebenstraf- und Ordnungswidrigkeitenrecht im Versammlungsgesetz soll
15 entschärft werden.

16

17 4. Eine Kooperation mit dem Bundesland Rheinland-Pfalz wird angestrebt.

18

19 **Analyse:**

20

21 Die Versammlungsfreiheit ist eines der wichtigsten Merkmale unserer pluralistischen
22 Demokratie.

23 Im Zusammenspiel mit anderen Grundrechten garantiert die Versammlungsfreiheit

1 die Möglichkeit, Missstände zu verdeutlichen und unsere Demokratie beständig
2 weiterzuentwickeln.

3 Versammlungen dienen dazu Menschen von einer (politischen) Idee zu überzeugen,
4 Kommunikation und Vernetzung zwischen Gruppen mit ähnlichen Ideen herzustellen
5 und zu zeigen wie viele Menschen einer Idee anhängen.

6 Im besten Fall sorgen Demonstrationen für einen „Druck der Straße“, denn
7 manchmal ist es wichtig, dass eine Regierung etwas Angst vor der Bevölkerung
8 bekommt.

9

10 Das Grundgesetz garantiert die Versammlungsfreiheit in Artikel 8. Dort heißt es:

11

12 (1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis
13 friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

14 (2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz
15 oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

16 Natürlich wurde von der Möglichkeit dieses Recht zu beschränken zu genüge
17 Gebrauch gemacht.

18 Dies ist auch in Teilen sinnvoll, weil das Versammlungsgesetz den Versammlungen
19 eine greifbare Struktur gibt und transparent regelt welches Verhalten auf
20 Demonstrationen akzeptiert ist.

21

22 Seit der Föderalismusreform von 2006 liegt die gesetzgeberische Kompetenz ganz
23 im Bereich der Länder. Diese können nun in Eigenregie Versammlungsgesetze
24 verabschieden.

25 Von dieser Kompetenz haben die Regierungen in Sachsen und Bayern Gebrauch
26 gemacht. Diesen Regierungen ging es explizit darum, das Recht auf
27 Versammlungsfreiheit einzuengen.

28 Hier bekommt keine Regierung mehr Angst vor der Bevölkerung. Das

1 Versammlungsrecht wird zum Vehikel um engagierte Bürgerinnen in Angst zu
2 versetzen, weil es ihnen klarmacht, dass ihre Rechte jederzeit beschränkt und
3 ausgehebelt werden können.

4 Auch wenn die Gerichte Teile der neuen Versammlungsgesetze wieder einkassiert
5 haben, bleibt ein Schaden für das demokratische System zurück.

6

7 Das Saarland hat kein Versammlungsgesetz verabschiedet. Im Saarland gilt noch
8 das alte Versammlungsgesetz des Bundes. Das Bundesgesetz würde jedoch sofort
9 hinter ein Landesgesetz zurücktreten, falls ein solches Verabschiedet würde.

10

11

12 **Begründung:**

13

14 Es ist kein Freiheitsgewinn kein Versammlungsgesetz zu haben, da das
15 Bundesversammlungsgesetz gilt. Ein Freiheitsgewinn läge in einem liberaleren
16 Gesetz.

17

18 Überwachung führt zu Konformität.

19 Die verstärkte Überwachung durch Videotechnik auf Demonstrationen hat zur Folge,
20 dass das außergewöhnliche Verhalten des demonstrierens mit einem
21 Konformitätsdruck begegnet wird. Insbesondere die Möglichkeit verdeckter
22 Videoüberwachung und die Durchführung ungerechtfertigter Verfahren, wie dies in
23 Dresden passiert, schürt Ängste.

24

25 Das Versammlungsgesetz §§ 21 bis 28 beinhaltet Straf und Bußgeldvorschriften.
26 Diese sollen kritisch überprüft werden und ggfls. wegfallen.

27

1 Ein Kooperation mit RLP macht Sinn, da sowohl die Polizeien beider Länder und als
2 auch die Demonstranten in beiden Bundesländern häufig kooperieren. Weiter stehen
3 die Chancen auf die Einführung eines liberalen Versammlungsgesetzen im Saarland
4 zurzeit schlecht. Eine Länderübergreifende Diskussion erscheint demnach
5 Zielführend.

6

7

8

R7

Antragssteller: Kreisverband St. Wendel

angenommen

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18

Bessere Beleuchtung von Mitfahrerparkplätzen im Saarland

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Die Jusos Saar setzen sich dafür ein, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen und Mitfahrerparkplätze besser auszuleuchten. Die Ausleuchtung der Mitfahrerparkplätze ist landesweit alles andere als zufriedenstellend, teilweise sogar überhaupt nicht vorhanden.

Die saarländische Landesregierung und das zuständige Ministerium für Verkehr des Saarlandes werden dazu aufgefordert, eine landesweite Erhebung schlecht beleuchteter Mitfahrerparkplätze durchzuführen, um dort, wo es notwendig ist, in energiesparende Beleuchtungssysteme aus regenerativen Energien zu investieren, die somit für mehr Sicherheit sorgen könnten.

Begründung: erfolgt mündlich.

WAS1

Antragsteller: Kreisverband Merzig-Wadern

angenommen

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26

Antrag über Leben und Tod

Die Landeskonzferenz möge beschließen:

1. Aktive Sterbehilfe muss in Deutschland legalisiert werden, um damit einen weiteren Weg neben anderen zur Verfügung zu stellen.
Dies soll in einen gesetzlichen Rahmen verpackt werden, der vorsieht, dass zwei verschiedene Meinungen von Ärzten/innen oder zum Krankheitsverlauf eingeholt werden müssen.
Zusätzlich muss ein psychiatrisches Gutachten vorliegen, welches die geistige Gesundheit und Zurechnungsfähigkeit gewährleistet. Zudem müssen Patient/Innen über alternative Behandlungsmaßnahmen aufgeklärt werden.
2. Die Palliativmedizin muss ausgebaut werden, um das Sterben so angenehm wie möglich zu gestalten.
Außerdem soll dies eine gute Alternative zur aktiven Sterbehilfe bieten.
3. Patientenverfügungen sollen mit Eintritt des 18. Lebensjahres verpflichtend eingeführt werden, als Nachweis darüber ob man lebenserhaltende Maßnahmen in Anspruch nehmen möchte, oder nicht. Wer diese Entscheidung noch nicht treffen möchte, muss statt dessen eine Person oder Gruppe benennen, die im Ernstfall entscheiden darf, falls der Betroffene sie selbst nicht mehr treffen kann. Im Fall der Benennung einer Gruppe, muss ein Verfahren zur Entscheidungsfindung gewählt werden, das ein Unentschieden verhindert. Die Möglichkeit zur unkomplizierten Änderung der Verfügung muss jederzeit bestehen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33

Analyse:

Grundsätzlich unterscheidet man verschiedene Formen von Sterbehilfe bei unheilbar Kranken.

Unter der sogenannten „passiven Sterbehilfe“ versteht man den Verzicht auf lebensverlängernde Maßnahmen oder deren Beendigung weil sie entweder medizinisch nicht mehr induziert sind, oder weil der Patient solche Maßnahmen ablehnt.

Indirekte Sterbehilfe bezeichnet die Behandlung mit starken Analgetika, bei der man in Kauf nimmt, dass der Tod in Folge dieser Therapie schneller eintreten könnte.

Stellt der/die Arzt/Ärztin ein Medikament aus, welches der/die zu Behandelnde selbstständig einnimmt, wohlwissend, dass er/sie in Folge dessen sterben wird, bezeichnet man dies als Beihilfe zur Selbsttötung.

Im Vergleich dazu würde der/die Behandelnde bei aktiver Sterbehilfe das Medikament selbst injizieren.

Viele dieser Taten befinden sich in einer gesetzlichen Grauzone.

Lediglich die aktive Sterbehilfe ist laut §216 StGB strafbar. Das Vergehen wird mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren geahndet.

Die passive Sterbehilfe wird in Deutschland praktiziert. Hierfür gibt es Patientenverfügungen, in denen die Betroffenen lebenserhaltende Maßnahmen explizit ablehnen. Ist eine solche Patientenverfügung nicht vorhanden, darf der/die Arzt/Ärztin die Behandlung nicht beenden. Er/Sie ist verpflichtet alles zu tun, um den Menschen am Leben zu erhalten.

Das Verfahren der indirekten Sterbehilfe wird derzeit mehr und mehr angewandt. Hierzu werden beispielsweise palliativmedizinische Stationen in Krankenhäusern errichtet. Juristisch befindet sich allerdings auch dieser Vorgang in einer Grauzone. Zum einen ist die Abgrenzung zur aktiven Sterbehilfe in vielen Fällen nicht möglich, da man im Nachhinein schlecht nachweisen kann, ob die Patienten über das Risiko der Schmerzbehandlung aufgeklärt wurden, sie in Kauf nahmen, oder ihnen tatsächlich zustimmten.

Zum anderen hat der/die Arzt/Ärztin hierüber auch keine Meldepflicht.

1 Laut bisheriger Gesetzeslage ist es untersagt Medikamente rauszugeben, die eine
2 tödliche oder schädliche Wirkung nach sich ziehen. Somit befindet sich also auch die
3 Beihilfe zur Selbsttötung in einer Grauzone, da der/die Behandelnde wohl Auskunft
4 über solche Mittel, die Dosierung und Einnahme geben darf, die Verschreibung ist
5 ihm/ihr aber untersagt.

6

7 Jeder Mensch hat ein Selbstbestimmungsrecht. Da Sterben nun einmal zum Leben
8 dazu gehört sollte der Mensch auch entscheiden können wie er sterben möchte

9

10 Begründung: erfolgt mündlich!

11

WAS4

Antragsteller: WiSo-Kommission der Jusos RLP und Saar

angenommen

1 **Antrag für Juso-Landeskonferenz**

2 **Politischer Streik**

3 **Zur Weiterleitung an:**

4 den Juso-Bundeskongress

5 den SPD-Landesparteitag

7 die SPD-Landtagsfraktion

8 die SPD-Bundestagsfraktion

9 den SPD-Bundesvorstand

11 **Analyse:**

12 |
13 In den vergangenen Jahren wurden von politischer Seite aus immer häufiger
14 Reformen und Entscheidungen gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt, die
15 zu einer deutlichen Abkühlung des sozialen Klimas in Deutschland geführt haben.

16
17 Und auch die politische Partizipation und das Interesse besonders bei jungen
18 Menschen nimmt in den letzten Jahren stetig ab – erkennbar nicht nur an den
19 sinkenden Wahlbeteiligungen.

20
21 Gerade vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wäre es an der Zeit, wieder über
22 andere Möglichkeiten der politischen Beteiligung nachzudenken, die über das
23 „normale“ Volksbegehren hinaus gehen. Denn auch wenn die für ein Volksbegehren
24 notwendigen Unterschriften gesammelt sind gilt dieses in vielen Bundesländern nicht
25 als Verpflichtung für die politischen Akteur*innen die Forderungen umzusetzen,
26 sondern lediglich, sich mit der Thematik zu beschäftigen. Ein gesellschaftliches
27 Mittel, welches tatsächlichen Druck ausüben und eine Kampfansage an politische
28 Entscheidungen sein könnte, gibt es in Deutschland, im Gegensatz zu anderen
29 europäischen Ländern, so bislang nicht.

1
2
3
4
5
6
7

Der Arbeitskampf, als Kampfmittel im Tarifstreit gehört seit jeher zu einem der mächtigsten Instrumente, die Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Interessen zur Verfügung stehen. Wenn es allerdings um gesellschaftliche Interessen und politische Entscheidungen geht, die gegen den Willen der Bevölkerung getroffen werden sind die möglichen Formen des Protests sehr stark eingeschränkt.

8 Der politische Streik besitzt in der deutschen Geschichte eine herausragende Rolle.
9 So wurde die Novemberrevolution, die das Ende des Ersten Weltkrieges und des
10 Kaiserreiches besiegelte, durch einen politischen Streik von Matrosenverbänden
11 eingeläutet. Auch der Aufstand des 17. Juni 1953, der ebenso eine Verbesserung
12 der politischen Situation zum Ziel hatte, muss an dieser Stelle Erwähnung finden. Im
13 Gegensatz zum Streik bei Tarifkonflikten, der eine konkrete wirtschaftliche
14 Verbesserung mit sich bringen soll, ist die Zielsetzung beim politischen Streik eine
15 andere.

16

17 Das Streikrecht in Deutschland ist momentan nur ein Richterrecht und wird aus dem
18 Grundgesetz (GG) hergeleitet. Im Grundgesetz finden sich außer der
19 Koalitionsfreiheit gemäß Art. 9 Abs.3 nur wenige konkrete Hinweise auf das
20 Streikrecht. Lediglich der im Artikel 20, Absatz 4 verankerte, sog..
21 „Widerstandsparagraph“ kann gegebenenfalls noch als ein Recht auf Streik
22 interpretiert werden. Darüber hinaus gibt es keine explizite Legitimierung des
23 politischen Streiks und auch die angesprochenen Paragraphen sind juristischen
24 Auslegungen vorbehalten. Das geltende „Verbot“ des politischen Streikrechts basiert
25 auf einem Urteil des Bundesarbeitsgerichtes aus dem Jahre 1958, das den
26 politischen Streik als unzulässig betrachtete. Seitdem gab es in Deutschland keine
27 legalen, politischen Streiks mehr.

28

29 Daraus ist allerdings keinesfalls abzuleiten, dass dieses Recht nicht generell
30 vorhanden ist bzw. vorhanden sein müsste. Vielmehr ist es sogar so, dass die
31 Illegalisierung von Beamtenstreiks, wilden Streiks, Blockaden, Boykotts, dem
32 Streikverbot durch die christlichen Kirchen, der Einengung von Streikmöglichkeiten
33 und weiteren Einschränkungen massive Defizite in unserer politischen und

1 wirtschaftlichen Demokratie darstellt. Diese Illegalisierungen, Einschränkungen und
2 Verbote stehen im krassen Widerspruch zu dem Art. 23 der allgemeinen Erklärung
3 der Menschenrechte der Vereinten Nationen, den Übereinkommen 87 und 98 der
4 Internationalen Arbeiterorganisation (ILO), sowie dem Artikel 6 Abs. 4 der
5 Europäischen (Menschenrechts- und) Sozialcharta, was dazu führt, dass
6 Deutschland jedes zweite Jahr von der internationalen Staatengemeinschaft wegen
7 seines restriktiven Streikrechts gerügt wird.

8
9 Insbesondere das Verbot aller Streiks, die nicht explizit auf den Abschluss von
10 Tarifverträgen gerichtet sind, bildet eine schwere Verletzung dieser Bestimmungen.
11 Diese Verbote bedrohen unsere Demokratie, da sie die Partizipationsmöglichkeiten
12 der Menschen massiv beschränken.

13
14 Auch von medialer Seite wurde und wird eine zum Teil tendenziös negative
15 Berichterstattung betrieben. Dabei werden Streikmaßnahmen häufig in ein
16 schlechtes Licht gerückt und Kommentare im Sinne der Arbeitgeber*innenverbände,
17 einzelner Arbeitgeber*innen oder wirtschaftsliberaler Teile der Politik verfasst.

18
19 Gerade wegen dieses großen Widerstandes seitens der Arbeitgeber*innenverbände
20 ist es nur mit einer gemeinsamer Anstrengung von Gewerkschaften und Parteien der
21 Arbeiter*innenbewegung möglich, den politischen Streik in Deutschland
22 durchzusetzen.

23
24 Sowohl in den Parteien der Arbeiter*innenbewegung, als auch auf Seiten der
25 Gewerkschaften war die Skepsis gegenüber eines politischen Streikrechts in
26 Deutschland nicht unerheblich. Dennoch entwickelt sich momentan ein breiter
27 Diskurs zu dieser Thematik, der weiter geführt werden muss.

28 Unter anderem in europäischen Ländern wie Spanien, Frankreich, Griechenland, die
29 sich in Krisenlagen befinden, gehören Generalstreiks mittlerweile zu einem starken
30 Druckmittel der Bevölkerung. Die Streiks ermöglichen somit eine größere Kontrolle
31 der politischen Institutionen durch das Volk und sind ein zusätzliches Druckmittel
32 gegenüber den Repräsentanten und agierenden politischen Kräften. Politische
33 Streiks zielen im Unterschied zu Demonstrationen nicht nur auf das öffentliche

1 Interesse, sondern auch auf die wirtschaftliche Produktivität und sind diesen somit
2 deutlich überlegen.

3 Der politische Streik ermöglicht es der Arbeiter*innenklasse ihre eigenen Interessen
4 in der Gesellschaft leichter durchzusetzen und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis
5 zwischen Kapital und Arbeit ein Stück weit in die richtige Richtung zu verschieben.

6

7 Zum jetzigen Zeitpunkt hat Kapital deutlich bessere Möglichkeiten gesellschaftliche
8 Diskurse zu entfachen, zu gewinnen oder diese zu unterbinden. Durch den Einsatz
9 der Medien kann ein enormer politischer Druck aufgebaut werden. Gerade letzteres
10 darf in seiner Wirkung keinesfalls unterschätzt werden, so sind die großen
11 Mediengesellschaften Deutschlands in privater Hand und können die Masse der
12 Menschen beeinflussen. Dazu muss in diesen Medien noch nicht einmal gelogen
13 werden, die bloße Darstellung der Informationen kann bereits manipulativ genug
14 sein, um die gewünschten gesellschaftliche Meinung zu erzeugen.

15

16 Durch das Recht politische Streiks durchzuführen, verbessert sich die Situation der
17 lohnabhängigen Bevölkerung und sie bekommt ein Druckmittel in die Hand, dass ihr
18 sowieso als Grundrecht zusteht und nur durch völkerrechtswidrige Entscheidungen
19 genommen wurde.

20

21 Daher fordern wir

22

23 • die Entfaltung einer gesellschaftspolitischen Debatte zum Thema „politisches
24 Streikrecht“. Dies kann durch öffentliche Veranstaltungen, Seminar, Workshops,
25 Vorträge und Podiumsdiskussionen gemeinsam mit den Gewerkschaften geschehen.
26 Wir als Jusos müssen uns dafür einsetzen, den Diskurs weiter in die Gesellschaft zu
27 tragen und die Bedeutung des politischen Streikrechts hervorzuheben

28

29 • die Unterstützung der Gewerkschaften bei der Verschärfung und Ausweitung von
30 umfassenden (Arbeits-)Kampfmitteln der (organisierten) Arbeitnehmer*innen

31

32 • den gemeinsamen Diskurs mit den Gewerkschaften zu suchen und mögliche

- 1 Handlungsoptionen für die Umsetzung eines politischen Streikrechts in Deutschland
- 2 zu diskutieren
- 3 Begründung: erfolgt mündlich
- 4

WAS10

Antragsteller: Wi-So-Kommission

angenommen

1 **Genossenschaften stärken – für eine umfassende Reform und eine Förderung**
2 **der gesellschaftlichen Akzeptanz des Genossenschaftsmodells**

3
4 **Zur Weiterleitung an:**

5 den Juso Bundeskongress
6 den SPD Landesparteitag

7
8 **Die Juso Landeskonzferenz möge beschließen:**

9
10 Genossenschaften spielen in der heutigen Wirtschaftskonstellation vor allem in
11 Deutschland eine eher untergeordnete Rolle – und das trotz ihrer, mit fast 21
12 Millionen, sehr hohen Mitgliederzahl. Dabei bieten die Genossenschaften jedoch in
13 vielen Bereichen eine echte Alternative zu den vorherrschenden
14 Wirtschaftsstrukturen, deren Fokus meistens auf der Steigerung des Shareholder-
15 Value und der Gewinnmaximierung liegt. Gerade die Tatsache, dass
16 Genossenschaften im Vergleich zu anderen wirtschaftlichen Erscheinungsformen gut
17 dazu geeignet sind volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mehrwert zu
18 erzeugen hat dazu geführt, dass die Vereinten Nationen das Jahr 2012 zum
19 „Internationalen Jahr der Genossenschaften“ ausgerufen haben.

20
21 Und auch in der, zum Teil immer noch andauernden, Wirtschafts- und Finanzkrise
22 hat sich gezeigt, dass es die Genossenschaftsbanken waren, die es größtenteils
23 ohne größeren Schaden davon gekommen sind.

24
25 Natürlich sind Genossenschaften nicht die Gesamtlösung für alle wirtschaftlichen
26 Bereiche und gesellschaftlichen oder ökonomischen Fragestellungen.

1 So gibt es durchaus Wirtschaftsbereiche, in denen bisher wenig bis keine
2 Erfahrungswerte für ein genossenschaftliches Wirtschaften vorliegen. Genauso, wie
3 Tatsache, dass juristische Personen selbst Mitglieder einer Genossenschaft sein
4 können und damit die Idee der Genossenschaft verloren geht.

5
6 Nichtsdestotrotz können Genossenschaften ein Zwischenschritt auf dem Weg zu
7 einem sozialistischen Wirtschaften sein – sofern in ihnen der Widerspruch zwischen
8 Arbeit und Kapital wenigstens gemindert wird.

9 So lässt sich aufgrund der großen Bedeutung von Werten wie Demokratie,
10 Selbsthilfe und Solidarität häufig ein wesentlich bodenständigeres und
11 nachhaltigeres Wirtschaften erkennen, als in vielen anderen Unternehmensformen.
12 Und dennoch wurde den Genossenschaften in der Vergangenheit nicht die
13 Aufmerksamkeit zu Teil, die sie in gewissem Maße verdient hätten.

14 Die Ursache liegt zum einen darin begründet, dass diese Wirtschaftsform oft nicht
15 bekannt ist und es zum Teil unnötig große Hürden für den Betrieb von
16 Genossenschaften gibt, zum Anderen, dass auch aus politischer Sicht es in der
17 Vergangenheit versäumt wurde, die Alleinstellungsmerkmale und Besonderheiten
18 von Genossenschaften zu stärken. Stattdessen fand eher eine Angleichung an, von
19 klassischen kapitalinteressen getriebene, Wirtschaftsformen statt.

20 Dabei bieten die Genossenschaften, trotz einiger Probleme, die sich in den letzten
21 Jahren aufgrund von Angleichungen an andere Wirtschaftsformen verschärft haben,
22 durchaus auch Vorteile.

23 Ihre Grundidee, den Menschen die Möglichkeit zu geben sich an den Stellen selbst
24 zu helfen, an denen der Staat nicht mehr Handlungsfähig ist oder eine Investition
25 sich für kapitalgetriebene Unternehmen als nicht lohnenswert herausstellt, ist
26 aktueller denn je. Durch Privatisierung von ehemaligen Staatsunternehmen und der
27 Einführung von restriktiven, finanzpolitischen Beschränkungen auf kommunaler
28 Ebene wird das solidarische Modell der Genossenschaften wieder mehr in den Fokus
29 gerückt.

30 Es empfiehlt sich die verschiedenen Arten von Genossenschaften im ökonomischen
31 Sinne zu kategorisieren. So kann grob zwischen Produktions-, Distributions- und
32 Finanzgenossenschaften unterschieden werden.

1

2 Durch eine Beteiligung der in einer Produktivgenossenschaft arbeitenden Personen
3 als Genossen (sog. Mitglieder) kann der immanente Widerspruch der kapitalistischen
4 Produktionsweise (also der zwischen Arbeit und Kapital) gemildert werden. Die
5 geleistete Mehrarbeit ginge zum Teil an die Arbeitenden, wodurch die klassische
6 Mehrarbeit gesenkt werden würde und die Arbeitenden schlicht zu einem größeren
7 Teil für sich selbst arbeiten. Doch der viel entscheidendere Punkt wäre der, dass
8 durch eine Mehrheitsbeteiligung an der Produktivgenossenschaft durch in ihr
9 Arbeitende, ihnen eine Kontrolle über Produktionsentscheidungen zuteilwerden
10 würde und damit ein Schritt weg von einem kapitalistischen, hin zu einem
11 sozialistischen Wirtschaften getan wäre, welches, im Gegensatz zu den anderen
12 beiden Arten, auch eine Art des Wirtschaftens im Sozialismus darstellen könnte.

13

14 Distributionsgenossenschaften zeichnen sich hauptsächlich dadurch aus, dass sie
15 selbst keine Wertschöpfung im klassischen Sinne betreiben. Sie können
16 beispielsweise reine Einkaufsgenossenschaften sein oder auch
17 Wohngenossenschaften. Hier findet maximal eine Weiterverarbeitung statt, der
18 Fokus liegt jedoch in der Verteilung der Güter. Gerade in dieser Form kann es
19 vorkommen, dass die Genossenschaft zu einer kleinbürgerlichen Organisation
20 verkommt, die lediglich auf die Wahrung ihrer Besitzstände aus ist. Zum Beispiel eine
21 Wohngenossenschaft, die in einer beliebten Stadtlage dem unteren Mittelstand einen
22 begehrten Wohnraum zu für ihn zahlbaren Preisen ermöglicht. Dadurch wird für die
23 sozial Schwachen die Situation zusätzlich verschlechtert.

24

25 Finanzgenossenschaften sind im Gegensatz zu den beiden beschriebenen
26 Genossenschaftsformen hauptsächlich auf den Finanzmärkten aktiv. Sie haben
27 ebenso wie die Distributionsgenossenschaften den Nachteil, dass sie leicht zu
28 bourgeoisen Zwecken eingesetzt werden können. So kann eine
29 Finanzgenossenschaft (wie die Raiffeisenbank) helfen den Finanzschwachen (also
30 hauptsächlich der lohnabhängigen Bevölkerung) Zugang zu Krediten zu verschaffen
31 oder aber ihr Vermögen vor Umverteilungen des Finanzkapitalismus (wie Inflation) zu
32 schützen.

1 Der demokratische Aufbau, die Möglichkeit der Partizipation und das hohe Maß an
2 möglicher Mitbestimmung macht diese Wirtschaftsform vor allem für regionale
3 Projekte, von denen die Gemeinschaft vor Ort profitiert, sehr attraktiv. Gerade in den
4 Bereichen der erneuerbaren Energien und Wohnen befinden sich Genossenschaften
5 auf dem Vormarsch.

6 Trotz ihrer Vorzüge und der steigenden Bedeutung ist die Zahl der Neugründungen
7 von Genossenschaften immer noch sehr gering – zumindest im Vergleich gegenüber
8 anderen Geschäftsformen. Dies liegt vor allem an den, zum Teil hohen, gesetzlichen
9 Hürden und der Unsicherheit seitens potentiellen Firmengründer*innen.

10

11 Diese Hürden wollen wir im Sinne einer nachhaltigen und am Gemeinwohl
12 orientierten Wirtschaftspolitik abbauen. Unser Ziel ist es, die Gründung von nicht an
13 der Gewinnmaximierung orientierten Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern.

14 Schaffung von Öffentlichkeit

15 Wir wollen den Bekanntheitsgrad und die Bedeutung des Genossenschaftsmodells
16 als Wirtschaftsform in der Gesellschaft stärken. Sowohl die negativen Assoziationen,
17 die mit Genossenschaften in der Gesellschaft verankert sind („bäuerlich,
18 „proletarisch“, „altbacken“, „Sozialismus“, „DDR“, „Gemeinwirtschaft“), als auch dem
19 geringen Bekanntheitsgrad wollen wir mit einem breit angelegten Diskurs entgegen
20 treten. Vor allem im Bereich der Gründungsberatung wollen wir dafür sorgen tragen,
21 dass sowohl Steuer- als auch Unternehmensberatern das Genossenschaftsmodell
22 bekannt ist und bei potentiellen Unternehmensneugründungen explizit auch auf
23 Genossenschaften eingegangen wird. Dies soll gemeinsam mit dem
24 Genossenschaftsverband geschehen, sodass eine möglichst umfassende,
25 rechtsformübergreifende Beratung stattfindet.

26

27 Weiterhin sollen die Lehrpläne an Schulen und Universitäten in ökonomischen
28 Fächern dahingehend erweitert werden, dass auch ethische Maßstäbe und
29 Alternativen zur aktuellen ökonomischen Maxime der Gewinnmaximierung aufgezeigt
30 werden. An Schulen müssen vor allem Grundlagen der Ökonomie von allen Seiten
31 aus beleuchtet werden und neben den „klassischen“ Planspielen (z.B. Planspiel
32 „Börse“) auch Planspiele mit Schülergenossenschaften durchgeführt werden.

1

2 **Wir fordern daher:**

3

4 • die Förderung der Bekanntheit des Modells der Genossenschaften durch (Weiter-)
5 Bildungsveranstaltungen,, sowie der Schaffung von Angeboten im Bereich der Schul-
6 und Hochschullehre

7 • den Ausbau der Beratungsangebote zu Genossenschaften

8 • die Erweiterung der Lehrpläne an Schulen und Universitäten um ethische Maßstäbe
9 und alternativen zur klassischen ökonomischen Maxime der Gewinnmaximierung

10 • die Durchführung von Planspielen zu Schülergenossenschaften

11 Hürden abbauen – Gesetz novellieren

12 Neben den gesellschaftlichen Hemmnissen, die Genossenschaften immer noch
13 anhaften, gibt es durchaus auch rechtliche Hürden, welche die Gründung und auch
14 den Betrieb von Genossenschaften erschweren und Neugründungen verhindern
15 können.

16 Die Prüfungsrichtlinien (Gründungsprüfung, gesetzliche Prüfungen, ...), denen
17 Genossenschaften unterworfen sind haben, ohne Zweifel, ihre Berechtigung und
18 ergeben sich aus der besonderen Schutzbedürftigkeit der handelnden Akteur*innen
19 innerhalb der Genossenschaft. Sie dienen zum Schutz für Mitglieder, als auch von
20 Gläubigern. Allerdings kann die finanzielle Belastung und die Häufigkeit der
21 Pflichtprüfungen auch eine abschreckende Wirkung haben.

22 Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass bei Genossenschaften mit
23 vergleichsweise geringen Bilanz- und Umsatzsummen die Anzahl der
24 Pflichtprüfungen zu reduzieren und auch auf Pflichtmitgliedschaften abzuschaften.
25 Gerade bei kleinen und Kleinstgenossenschaften ist das Risiko für Mitglieder und
26 Gläubiger vergleichsweise gering.

27 Wir wollen uns außerdem dafür einsetzen, dass Genossenschaften ab sofort
28 dieselben Möglichkeiten bekommen von den Fördermaßnahmen der KfW zu
29 profitieren wie die kapitalorientierten Wirtschaftsformen.

30 Wir fordern daher:

31 • die Erleichterung der Gründung von Genossenschaften durch gesetzliche
32 Reformen, welche die Alleinstellungsmerkmale von Genossenschaften weiter
33 betonen

34 • den Abbau von Hürden für den Betrieb von kleinen Genossenschaften

- 1 • die Einbindung von Genossenschaften in jegliche staatlichen Förderungen und
2 Subventionen die auch den „klassischen“, kapitalorientierten Unternehmen zustehen

3

4 Modellprojekte schaffen – Forschung vorantreiben

5

6 Genossenschaften spielen heute vor allem im regionalen Bereich eine bedeutende
7 Rolle. Mit Wohngenossenschaften wird vor allem in urbanen Vororten bezahlbarer
8 Wohnraum geschaffen und im Bereich der erneuerbaren Energien lokale Windparks
9 errichtet.

10

11 Über den regionalen Einsatz von Genossenschaften hinaus gibt es leider bis jetzt nur
12 sehr wenige Beispiele für große Projekte.

13 Diese Tatsache erfordert es, dass die Forschung im Bereich Genossenschaften
14 generell, aber auch vor allem im Bereich überregionaler Genossenschaften, die es
15 mit ihrer Größe mit Aktiengesellschaften mithalten können, weiter voran getrieben
16 wird. Dazu ist es auch notwendig, entsprechende Modellprojekte in diesem Bereich
17 zu schaffen um die notwendigen Erfahrungswerte zu erhalten.

18 Diese Erfahrungswerte schaffen dann die Grundlagen einer empirischen
19 Forschungsarbeit im Bereich der Genossenschaften, die vorausgehend im
20 theoretischen Bereich ihre Fundierung erhalten soll.

21 Anhand dieser Forschungen und der daraus resultierenden Ergebnisse können
22 Konzepte entwickelt werden, welche die Bereiche aufzeigen, in denen
23 genossenschaftliches Wirtschaften Sinn macht.

24

25 Wir fordern daher:

26

27 • den Ausbau der Forschung im Bereich von Genossenschaften in allen Bereichen,
28 vor allem im Bereich der überregionalen Genossenschaften

29 • die Schaffung von Modellprojekten, welche als Studien für die Tauglichkeit von
30 Genossenschaften im überregionalen Bereich dienen können

31 • die Entwicklung von Konzepten für einzelne, möglichst viele, Bereich, in denen
32 genossenschaftliches Wirtschaften sinnvoll nutzbar ist

01

Antragsteller: Kreisverband Merzig-Wadern

verwiesen an die Satzungsgruppe des Landesvorstandes

1
2
3
4
5
6
7
8
9

Zweitägige Landeskonferenzen

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Die Jusos Merzig-Wadern fordern, dass ab 2014 alle Landeskonferenzen der Jusos Saar mindestens zweitägig abgehalten werden müssen.

Begründung: erfolgt mündlich.

1 Leistung des/der Arbeitgeber*in. Aber nicht nur beim Entgelt ist die überwiegende
2 Mehrheit dual Studierender auf den guten Willen der Unternehmen angewiesen. Vor
3 allem wenn es um Arbeitszeit, Urlaubszeit, Entgelthöhe und Übernahme geht sind
4 dual Studierende oftmals schlechter gestellt als ihre Kolleginnen und Kollegen.
5 Fehlende Regelungen führen mancherorts sogar dazu, dass duale Studiengänge
6 reguläre Ausbildungsplätze verdrängen bzw. in einem Konkurrenzverhältnis
7 zueinander stehen. Es darf nicht in unserem Sinn sein, dass diese
8 Studiengänge in Konkurrenz zum Regelstudium oder zur dualen Berufsausbildung
9 treten. Die weitere Spaltung in Azubis und Studierende aufgrund von fehlenden
10 Regelungen muss bekämpft werden. Denn ansonsten werden auch die
11 Gewerkschaften langfristig Probleme bekommen, die Studierenden zu einem Beitritt
12 zu bewegen.

13 Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass die Ausbildungsverhältnisse von
14 Studierenden, die während ihrer Studienzeit ein kooperatives, duales oder ähnliches
15 Arbeitsverhältnis in einem Unternehmen aufnehmen, hinsichtlich der Arbeitszeit,
16 Studierendenzzeit, Urlaubszeit, Entgelthöhe, Qualitätsstandards, Übernahme etc. auf
17 einer gesetzlichen Basis reguliert werden. Ziel sind Landes-/ sowie Bundesweite
18 gesetzliche Regelungen.

19 Diese gesetzliche Regelung soll, neben den Rechtsansprüchen, auch einen
20 Spielraum lassen für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und einer
21 Gesellschafts- und Wissenschaftskritik, unabhängig vom sozialem Hintergrund,
22 ausreicht. Zudem müssen dabei die unterschiedlichen Ausgestaltungsmöglichkeiten
23 des Vertrages zwischen Unternehmen und Studierenden berücksichtigt und
24 gesetzliche Standards definiert werden. Momentan sind die Studierenden, je nach
25 Ausgestaltung des Arbeitsvertrages, Studierende, Auszubildende, Praktikanten oder
26 Arbeitnehmer*innen. Studierende in einem der oben genannten
27 Ausbildungsverhältnisse müssen im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes
28 Arbeitnehmer bzw. Auszubildende sein um arbeitsrechtliche Mindeststandards zu
29 ermöglichen und ihnen die Chance zu geben an der betrieblichen
30 Interessenvertretung partizipieren können.

31

32

33 Begründung erfolgt mündlich

34

B2

Antragsteller: Kreisverband Saarlouis

verwiesen an Landesausschuss

1 **Bildungspolitik 2013 – Fortschrittliche Wege für den Bildungsstandort Saarland**

2

3 **Wir Jusos fordern daher:**

4

5 Eine Strukturplanung der Landesregierung, unter Absprache mit den
6 Gemeinschaftsschulen, muss erarbeitet werden, welche vorsieht, wie die einzelnen
7 Schulen ihre Oberstufen – auch in Kooperation mit anderen Schulen – aufbauen
8 können und welche regionalen Besonderheiten berücksichtigt werden müssen.
9 Dazu gehört auch eine Prognose der voraussichtlichen Schüleranzahl in der
10 Oberstufe und der damit verbundenen benötigten Lehrstellen und Lehrmitteln. Da es
11 sich um geschätzte Zahlen handelt, muss dieser Wert natürlich in einem
12 regelmäßigen Abstand neu hochgerechnet und korrigiert werden. Dies bietet sich vor
13 allem am Ende des Schuljahres an.

14 Es ist wichtig zu betonen, dass nur durch eine frühzeitige Planung sichergestellt
15 werden kann, dass von Beginn an eine Oberstufe ohne erhebliche Mängel an jeder
16 Schule eingerichtet werden kann und somit jeder profitiert.

17

18 Neben der Exzellenzinitiative, die den Forschungsbereich fördert, bedarf es auch
19 einer bundesweiten Förderung für Universitäten, die ihre Schwerpunkte auf die
20 Ausbildung, d.h. unter anderem auf ausreichend Studienplätze und einer Vielzahl
21 von Studienfächern, legen.

22 Berücksichtigt muss dabei auch die Lage der Universität werden, so hat die UdS eine
23 grundsätzlich andere Rolle in der Großregion zu erfüllen, als beispielsweise eine
24 Universität in Berlin oder im Ruhrgebiet.

25 Die Erhöhung der Bildungsfreistellung von momentan 3 auf 10 Tage ohne
26 Eigenbezuschussung durch die/den Arbeitnehmer*in

- 1 Den Einbezug aller abhängig Beschäftigten in das SWBG incl. aller abhängig
- 2 Beschäftigten, die keine Arbeitnehmer*innen im Sinne des §5 BetrVG sind
- 3 Die Abschaffung der Frist von 12 Monaten bis zum Anspruch auf Bildungsurlaub
- 4 Die Verlängerung des SWFG und des SBFG auf eine unbestimmte Laufzeit

5

6 **Analyse:**

7

8 **Kostenlose Bildung für Alle!**

9

10 Jeder Mensch hat gemäß Art. 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der
11 Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 ein Recht auf Bildung, von diesem
12 Recht kann jedoch nur jeder Gebrauch machen, wenn Bildung auch für alle
13 zugänglich gemacht wird, das heißt im Umkehrschluss: Bildung muss kostenfrei sein.
14 Für keine Art der Schulbildung darf der Staat also Gebühren erheben, aufgrund der
15 derzeitigen Finanzlage ist dieser Schritt jedoch nicht ohne weiteres möglich. Was
16 jedoch durchaus im Rahmen der Möglichkeit liegt ist eine schrittweise Annäherung
17 an dieses Ziel. Ebenso muss es in der Schulbildung zu Veränderungen kommen, zu
18 fordern ist hier eine Lehrmittelfreiheit wie sie bereits in den Bundesländern Bayern,
19 Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen umgesetzt wird. Diese Maßnahme
20 lässt sich aufgrund der desolaten Finanzlage ebenfalls nicht von heute auf morgen
21 umsetzen, jedoch ist eine allmähliche Umstrukturierung auch hier möglich und
22 bereits im Gange, z.B. durch das System der „Schulbuchausleihe“. Verfahren wie
23 dieses, die es SchülerInnen ermöglichen nach Zahlung einer Leihgebühr die
24 Schulbücher auszuleihen, verfolgen grundsätzlich die richtige Idee, sind in der
25 Umsetzung jedoch verbesserungsfähig. Ein Faktor, der Bildung ebenfalls zu einem
26 teuren Gut macht ist der tägliche Schulweg. Mittlerweile bezahlen SchülerInnen für
27 eine Monatskarte, die im landkreisweiten Bus- und Bahnnetz gültig ist, zwischen 40
28 und 50 Euro. Ein derartig hoher Preis für die Mobilität von SchülerInnen ist für
29 schlechter verdienende Eltern einfach zu hoch. Die Forderung, dass diese Kosten
30 komplett aus der Landeskasse finanziert werden sollen wäre problematisch,
31 allerdings sollte über die Einführung eines „SchülerInnen-Tickets“ nachgedacht

1 werden. Vorbild könnte das Semester-Ticket sein, dass Studenten die saarlandweite
2 Nutzung des ÖPNV für derzeit 94€ pro Semester ermöglicht, das heißt ein
3 Eigenanteil würde zwar bestehen bleiben, das Land würde durch einen Zuschuss
4 jedoch finanziell Schwächeren eine große Last abnehmen. Diese Schritte würden
5 uns dem Ziel „kostenlose Bildung für Alle“ entscheidend näher bringen.

6

7 Frühkindliche Bildung

8

9 Die frühkindliche Bildung nahm die letzten Jahre einen immer größeren Raum in der
10 Politik ein. So wurden etwa Kita Plätze ausgebaut und der Besuch Kindergärten
11 vielerorts (z.B. in Rheinland Pfalz und Berlin) kostenfrei. Dennoch gibt es weiterhin
12 Verbesserungsmöglichkeiten. So ist etwa Skandinavien, wie so oft in der Bildung, ein
13 Vorbild bei exzellent ausgebildeten, pädagogischen Fachkräften. Bei der
14 Beschäftigung von an Universitäten ausgebildeten PädagogInnen liegt etwa Finnland
15 deutlich an der Spitze aller OECD Länder. Diese Beschäftigungsart ist zurzeit in
16 Deutschland nicht Usus. ErzieherInnen in Deutschland durchlaufen lediglich eine
17 Ausbildung an einer Fachschule. Dadurch kommen pädagogische Kenntnissen, trotz
18 häufig vorhandenen persönlichen Elan, sehr oft zu kurz. Gefordert wird die
19 Einführung von speziell an frühkindliche Erziehung orientierte pädagogische
20 Studiengänge, so dass die speziell ausgebildeten PädagogInnen die übrigen
21 KindergärtnerInnen in ihrer Arbeit unterstützen können.

22 Die oben bereits erwähnte Forderung nach einer kostenfreien Bildung für alle von
23 Geburt an kann de facto nur schrittweise erfüllt werden. Für die Kindergärten im
24 Saarland bietet sich dazu auf kommunaler Ebene eine vielfach in Deutschland
25 praktizierte Methode an. Hierbei werden die Kindergartenbeiträge abhängig vom
26 Einkommen der Eltern erhoben. So müssen etwa Eltern mit geringen Einkommen
27 keine Gebühren bezahlen, während die Besserverdienenden, ähnlich wie bei der
28 Einkommenssteuer progressiv, mehr belastet werden. Eine genaue Ausarbeitung der
29 Höhe müsste in diesem Fall von den kommunalen Verwaltungen vorgenommen
30 werden.

1 Einheitliche Grundschulbildung für alle SchülerInnen landesweit!

2
3 Die Grundschule ist die erste Etappe der schulischen Bildung, hier lernen die
4 SchülerInnen die fachlichen Grundkenntnisse sowie Grundlagen der
5 Sozialkompetenz. Die Grundschulbildung ist quasi der Grundstock oder das
6 Fundament der Bildung, die pädagogische Freiheit soll jedoch in dieser frühen Phase
7 der Erziehung noch gewahrt werden, daher ist den LehrerInnen von Seite des
8 Lehrplans aus viel Flexibilität gegeben. Diese Unverbindlichkeit kann jedoch auch
9 zum Problem werden, nämlich wenn SchülerInnen aus verschiedenen Grundschulen
10 auf den weiterführenden Schulen zusammenkommen. In fünften Klassen kommt es
11 immer wieder vor, dass die SchülerInnen, die ja eigentlich alle auf demselben
12 Wissensstand sein sollten, gravierende Wissensunterschiede aufweisen, das heißt,
13 dass z.B. Schüler aus einer Grundschule thematisch und methodisch schon deutlich
14 „fitter“ sind als andere, der Maßstab kann sich auf Gymnasien oder
15 Gemeinschaftsschulen jedoch nicht mehr an den Schwächsten orientieren, hier ist
16 die Einhaltung des Lehrplans das Ziel, wer nicht folgen kann wird „aussortiert“. Aus
17 dieser Erscheinung folgte in der Vergangenheit die Abschaffung des
18 „Sitzenbleibens“, das heißt über das Weiterkommen eines Schülers entscheiden
19 nicht weiter die Noten. Man könnte jedoch schon viel früher Herr über das Problem
20 werden, nämlich durch eine Zentralisierung Grundschulbildung. Gefordert wird daher,
21 dass die Grundschullehrpläne zwar noch Individualität zulassen aber dennoch
22 zentraler werden, die GrundschülerInnen sollen wie die SchülerInnen auf den
23 weiterführenden Schulen auf ein einheitliches Wissensniveau gebracht werden. In
24 der Umsetzung soll diese Veränderung dafür sorgen, dass jeder Schüler,
25 unabhängig welche Grundschule im Saarland er besucht hat, einen einheitlichen
26 Wissensstand hat. Damit die Grundschulen ihre SchülerInnen auch einheitlich
27 ausbilden sollen regelmäßig, etwa ein- bis zweimal pro Schuljahr in verschiedenen
28 Fächern zentrale Leistungsüberprüfungen stattfinden, an denen sich dann auch die
29 PädagogInnen orientieren können. Als Abschluss der vierten Klasse würde dann
30 noch einmal eine Art „Abschließende zentrale Wissensüberprüfung“ stattfinden.
31 Daraufhin könnten die Eltern, sich auf die Ergebnisse der zentralen
32 Leistungsüberprüfung berufend, entscheiden, für welche Schule der Schüler oder die
33 Schülerin geeignet ist. Dieser Schritt zu mehr Zentralität im Bereich der
34 Grundschulbildung würde Enttäuschung und Aufholbedarf bei Gymnasiums- und

1 Gemeinschaftsschuleinsteigern beachtlich reduzieren und auf diese Weise immens
2 zu einem fairen Schulsystem beitragen.

3

4 Grundkonzept für die Oberstufe der Gemeinschaftsschule erarbeiten

5

6 Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule hat das Saarland einen Schritt in die
7 richtige Richtung gemacht. Nicht nur die sinnlose Unterteilung in unnötig viele
8 Schulformen wurde damit, wenigstens teilweise, behoben, sondern auch ein direkter
9 Weg, für alle SchülerInnen der weiterführenden Schulen, zum Abitur geschaffen.
10 Nun ergibt sich daraus auch zwangsläufig ein Problem! Ehemalige Gesamt- und
11 erweiterte Realschulen müssen sich zum einen nun gemeinschaftlich Organisieren
12 und in Zukunft auch eine eigene Oberstufe mit dem Abschlussziel Abitur auf die
13 Beine stellen. Noch ist vielen Schulen nicht klar, wie sie ihre Oberstufen organisieren
14 müssen, damit weder Platz- noch Lehrermangel vorherrscht, aber auch nicht unnötig
15 Schulmittel durch zu viel neu eingerichtete Räume oder Lehrer verschwendet
16 werden. Hinzu kommt, dass sich verschiedene Gemeinschaftsschulen wohl eine
17 Oberstufe teilen und somit selbstverständlich auch gemeinsam verwalten müssen.
18 Auch hier ist nicht klar, in welchen Orten die Oberstufen zustande kommen werden
19 und wo die SchülerInnen in andere Schulen ausweichen müssen – und somit
20 natürlich auch dahin kommen müssen. Die Gefahr schwebt in der Luft, dass viele
21 Gemeinschaftsschulen einen Alleingang bei ihrer Planung zur Oberstufe machen
22 müssen.

23 Universitäre Förderung jenseits der Exzellenz

24

25 Ob eine Universität sich als „Elite-Uni“ bezeichnen darf, oder nicht, das entscheidet
26 die Exzellenzinitiative. Das Ziel dieser Förderung ist einzig allein auf die Forschung
27 gelegt und belohnt Universitäten mit einem guten Forschungsprogramm. Auf der
28 anderen Seite fördert es natürlich auch den Ausbau von Forschungsprogrammen an
29 den Universitäten, die selbst in den Genuss der Exzellenz kommen wollen.
30 Die Schattenseite ist offensichtlich. Universitäten, die die Wahl haben zwischen
31 einem stark ausgeprägtem Forschungsbereich, welcher wirtschaftlicher und auch,
32 unter anderem durch die Exzellenz, stark gefördert ist und einem breit gefächertem
33 Ausbildungsbereich mit vielen Plätzen haben, entscheiden sich eher für den Ausbau

1 der Forschungsinitiativen und der nah an der Kernforschung angelehnten
2 Studienfächer (an der Universität des Saarlandes (UdS) sieht man dies deutlich an
3 der Informatik) und lassen so zwangsläufig den Ausbildungsbereich teilweise auf der
4 Strecke.

5 Gerade an solche Universitäten, wie der UdS, ist dies allerdings fatal, da viele
6 Menschen aus der Großregion auf die UdS und ihre vielen verschiedenen
7 Studienfächern angewiesen sind.

8

9 Verbesserung des saarländischen Weiterbildungs- und Bildungsfreistellungsgesetz
10 (SWBG)

11

12 Im Jahre 1999 wurde Peter Müller (CDU) zum Ministerpräsidenten des Saarlandes
13 gewählt. Eine seiner ersten Amtshandlungen war es, den bis dato geltenden
14 Anspruch auf Bildungsfreistellung von 5 auf 3 Arbeitgeber finanzierte Tage zu
15 reduzieren. Den Arbeitnehmer/innen steht dieser Anspruch nur dann zu, wenn sie
16 selbst 3 Tage Freizeit in Form von unbezahlter Freistellung oder Urlaub dazu
17 investieren.

18 Zudem wurde das Saarländische Weiterbildungsgesetz (SWBG) im Jahre 2010
19 erneut reformiert, wodurch es nun zwei Gesetze zu diesem Thema gibt. Diese zwei
20 Gesetze sind das Saarländische Bildungsfreistellungsgesetz (SBFG) welche die
21 Personenkreise usw. festlegt sowie das Saarländische
22 Weiterbildungsförderungsgesetz (SWFG), welches die Bedingung festlegt unter der
23 eine Weiterbildung anerkannt. Beide Gesetze laufen bis zum 31.12.2015.

24 Die Möglichkeit der betrieblichen Freistellung zur Weiterbildungszwecken ist ein
25 wichtiger Baustein im Rahmen der beruflichen Weiterentwicklung. Aber nicht nur aus
26 beruflicher Sicht dient die Bildungsfreistellung den Arbeitnehmer*innen. Auch die
27 Möglichkeit der Teilnahme an Seminaren von Gewerkschaften und
28 arbeitnehmer*innennahen Organisationen ist wichtig für die Partizipation an
29 gesellschaftlichen und politischen Diskussionen.

30 (Weiter-)Bildung auch und vor allem im gewerkschaftlichen Sinne ist für die
31 Durchsetzung von Interessen der Arbeitnehmer*innen essentiell.

1 Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Bildungsfreistellung im Saarland
2 von momentan 3 Tagen im Jahr, auf 10 Tage im Jahr erhöht wird. Dabei muss
3 beachtet werden, dass diese 10 Tage Bildungsfreistellung ohne
4 Eigenbezuschussung durch den Antragsteller genutzt werden können. Zudem sollen
5 alle abhängig Beschäftigte, wozu Arbeitnehmer, Auszubildende, Schüler, Studenten
6 und Praktikanten, auch wenn sie nicht Arbeitnehmer bzw. Auszubildender im Sinne
7 des BetrVG sind, ab dem 1. Arbeitstag unabhängig von der Dauer ihrer
8 Beschäftigung, sowie jedes Jahr erneut, Anspruch darauf erheben können.

9 Begründung erfolgt mündlich

10

G1

Antragsteller: Arbeitskreis Gleichstellung

verwiesen an Landesausschuss

1 Schwangerschaftsabbruch

2
3 Die Landeskonferenz möge beschließen:

4
5 Eine Diskussion über die Abschaffung des Abtreibungsparagrafen § 218 StGB war
6 Anfang der siebziger Jahre der Auslöser für die Frauenbewegung in Deutschland. Es
7 wurde gefordert, dass Frauen das Recht haben sollten ohne Strafandrohung sich
8 gegen ein Kind entscheiden zu können. Diese Forderung, war nach einer sehr
9 emotional geführten Debatte in der Öffentlichkeit auch bis in den Bundestag
10 vorgedrungen. Im Rahmen einer Strafrechtsreform sollte auch der Paragraf § 218
11 StGB geändert werden. Nach dem sich dort die von SPD und FDP favorisierte
12 Fristenlösung durch gesetzt hatte, nach der ein Abbruch grundsätzlich bis zur
13 zwölften Schwangerschaftswoche straffrei bleiben sollte, wurde diese Regelung 1975
14 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig wieder kassiert. Nach den
15 Richtern in Karlsruhe schützte das Gesetz das werdende Leben gegenüber der Mutter
16 nicht genug, sodass es nicht mit Artikel 2 GG vereinbar war.

17
18 Als Reaktion verabschiedete der Bundestag im Jahre 1976 eine neue Reform des
19 Abtreibungsparagrafen, die einen Schwangerschaftsabbruch weiterhin für
20 rechtswidrig erklärte und eine Strafandrohung gegen die -Mutter enthielt. Von der
21 Bestrafung sollte aber abgesehen werden, wenn die Schwangere in besonderer
22 Bedrängnis handelte, diese konnte in Form einer medizinischen, eugenischen,
23 kriminologischen oder sozialen Indikation vorliegen.

24
25 Nach der Wiedervereinigung wurde dann eine gesamtdeutsche Lösung entwickelt,
26 die noch heute gilt. Nach dieser ist der Schwangerschaftsabbruch auch heute noch
27 rechtswidrig, aber er bleibt straffrei, wenn er innerhalb der ersten drei Monate und
28 nach einer Konfliktberatung durchgeführt wird. Er ist nur nicht rechtswidrig, wenn
29 eine medizinische oder kriminologische Indikation vorliegt.

1 Diesen Zustand wollen wir ändern! Wir wollen, dass der Eingriff für die Schwangere
2 und für ihren behandelten Arzt nicht mehr rechtswidrig ist, wenn er innerhalb der
3 ersten drei Monate von einem Arzt durchgeführt wird. Desweiteren wollen wir die
4 sogenannte Konfliktberatung abschaffen. Denn diese soll schon nach ihrer
5 gesetzlichen Definition in § 219 StGB vor allem dazu dienen das werdende Leben zu
6 schützen. Nach § 219 StGB soll also in dieser Beratung die Frau dazu ermutigt
7 werden die Schwangerschaft fortzusetzen. Diese Überordnung des „werdenden
8 Lebens“ gegenüber dem Willen der schwangeren Frau muss unserer Meinung nach
9 aus dem StGB gestrichen werden. Keine Frau trifft leichtfertig die Entscheidung den
10 Eingriff einer Abtreibung vornehmen zu lassen. Dann braucht sie aber nicht noch
11 gezwungenermaßen ein Gespräch über sich ergehen zu lassen in dem ihr eigener
12 Wille in Frage gestellt wird und versucht wird ihr eine bestimmte Entscheidung
13 aufzudrängen.

14

15 Für unter achtzehn Jährige soll es weiterhin eine Beratung geben, aber auch nicht
16 mehr nach dem § 219 StGB und nicht mehr mit dem Ziel die Schwangere von der
17 Geburt des Kindes zu überzeugen. Es soll vielmehr eine neutrale Beratung bei
18 einem/einer kompetenten SozialarbeiterIn stattfinden, die der Schwangeren alle
19 Handlungsmöglichkeiten aufzeigt.

20

21 Außerdem wollen wir, dass der Schwangerschaftsabbruch als normale
22 Krankenkassenleistung von den Krankenkassen übernommen wird, damit eine
23 gewollte Abtreibung nicht an einem zu geringen Einkommen der ungewollt
24 Schwangeren scheitern muss. Im Moment wird ein Schwangerschaftsabbruch nur
25 von den Krankenkassen übernommen, wenn die Frau von der Kasse als „bedürftig“
26 eingestuft wird und auch dann nur nachdem der Eingriff schon erfolgt ist. Die
27 „bedürftige“ Frau muss das Geld für den Eingriff also erst einmal vorstrecken, was
28 bei einem Eingriff, der zwischen 300 und 500 Euro kostet nicht für alle Menschen
29 erschwinglich ist. Damit alle Frauen die Möglichkeit haben sich frei für oder gegen die
30 Geburt eines Kindes zu entscheiden, muss dieser Eingriff von den Krankenkassen
31 übernommen werden. Und zwar bei jeder unabhängig vom Vermögen und schon im
32 Voraus des Eingriffs!

33

34

1 **Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruch stoppen!**

2
3 -Dass der Schwangerschaftsabbruchparagraf §218 I StGB so geändert wird, dass die
4 Schwangere selbst und der sie behandelte Arzt von ihm ausgenommen wird, wenn

5
6 1. sie sich über die Risiken des Eingriffs hat medizinisch beraten lassen und

7
8 2. der Schwangerschaftsabbruch von einem Arzt vorgenommen wird und

9
10 3. die medizinische Beratung mindestens 3 Tage vor dem Eingriff war und

11
12 4. seit der Empfängnis nicht mehr als zwölf Wochen vergangen sind.

13
14 - Dass als Konsequenz der obigen Forderung die § 218 III, § 218 IV 2, §218 a I und §
15 219 StGB gestrichen werden.

16
17 -Wir fordern ein freiwilliges Beratungsrecht für über 18 Jährige und eine
18 Beratungspflicht für unter 18 Jährige beim Kinder und Jugendamt. Bei diesem
19 Beratungsgespräch soll ein neutrales Aufzeigen von Alternativen in alle Richtungen
20 stattfinden, also sowohl solche die einen Schwangerschaftsabbruch voraussetzen als
21 auch solche die einen Schwangerschaftsabbruch überflüssig machen. Es soll sich
22 um ein pädagogisches Gespräch bei einem Sozialarbeiter handeln. Sollte ein Arzt
23 eine Abtreibung bei einer unter 18-Jährigen vornehmen ohne dass sie ihm beweisen
24 kann, dass sie das Beratungsgespräch beim Kinder- und Jugendamt wahrgenommen
25 hat, ist der Arzt nach § 218 I S.1 StGB strafbar.

26
27 - Dass der Schwangerschaftsabbruch komplett und in jedem Alter der Frauen von
28 den Krankenkassen als normale Krankenkassenleistung übernommen wird.

29
30 - Dass die Beratungspflicht nach § 219 StGB auch aus dem § 218 a IV gestrichen
31 wird, ansonsten dieser Absatz als besonderer Strafausschlussgrund nur für die
32 Schwangere bestehen bleibt

33
34

1 **Begründung:**

2

3 Diese Maßnahmen müssen unserer Meinung nach vorgenommen werden, damit wir
4 sicherstellen können, dass es in Deutschland nicht zu einem rückschrittlichen Klima
5 in Sachen Abtreibung kommen kann, wie es beispielsweise in Irland oder in Polen im
6 Moment der Fall ist, wo es gerade Bestrebungen gibt eine Abtreibung sogar zu
7 illegalisieren nach einer Vergewaltigung. Es muss verhindert werden, dass das
8 gesellschaftliche Klima in Deutschland in eine Richtung umschlagen kann, die den
9 Willen der Frau in einer derartig drastischen Weise beschneidet.

10 Um solche konservativen Ideen gar nicht erst aufkommen zu lassen, muss klar
11 gestellt werden, dass die Entscheidung für oder gegen ein Kind allein vom Willen der
12 Schwangeren abhängen muss und dass sie auch nichts rechtswidriges tut falls sie
13 sich gegen das Kind entscheidet. Die Abtreibung muss als moderner medizinischer
14 Eingriff aus der Grauzone des halbillegalen herausgeholt werden. Das kann nur mit
15 einem Ausschluss der Schwangeren und ihres Arztes vom Paragraph § 218 StGB
16 erreicht werden.

N2

Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Stadt

verwiesen an Landesausschuss

1 **Computersucht: eine Krankheit, die nicht anerkannt wird**

2
3 **Die Landeskonferenz der Jusos Saar möge beschließen:**

4
5 Computer sind aus dem heutigen Leben nicht mehr wegzudenken. Wir arbeiten
6 damit tagtäglich im Büro oder Zuhause, entspannen beim Surfen im Internet oder
7 kommunizieren auf sozialen Netzwerken mit alten und neuen Freunden. Aber wie
8 gefährlich ist der Umgang mit Computern tatsächlich?

9
10 Eine im Auftrag der Bundesregierung erstellten Studie zufolge, der sogenannten
11 Pinta-Studie¹, gibt es in Deutschland etwa 600.000 Computersüchtige. Bei weiteren
12 2,5 Millionen Menschen in der Bundesrepublik sei der Umgang mit dem Computer
13 alarmierend. Laut Studie ist gerade bei den jüngeren Menschen der Anteil der
14 Süchtigen überdurchschnittlich hoch. So sollen 2,4 % der 14- bis 24-Jährigen
15 internetabhängig sein, 13 % gelten als "problematisch in ihrer Internetnutzung".
16 Dabei handelt es sich nicht nur um Spiele-süchtige. Auch die vielumworbene
17 sozialen Netzwerke, wie wie Facebook oder Wer-kennt-Wen, besitzen ein enormes
18 Suchtpotential.

19
20 Die ‚Computersucht‘ ist laut Gesetzgeber und Krankenkassen keine anerkannte
21 Krankheit. Grundsätzlich sind die sog. „substanzfreien Süchte“ keine „richtigen“
22 Krankheiten. Es gibt für sie weder Diagnosen, noch Therapien, die über die
23 Leistungskataloge der deutschen Krankenkassen abgerechnet werden könnten.
24 Dennoch steckt hinter der Beobachtung Computersucht häufig ein medizinisches
25 Problem. Es besteht eine große Ähnlichkeit zum pathologischen Glücksspiel. Wenn
26 Menschen ihr Spielverhalten nicht mehr kontrollieren können, liegt eine krankhafte

¹ Bericht des Forschungsverbundes EARLY INTerventions in health—risk behaviors an das Bundesministerium für Gesundheit (2011): Prävalenz der Internetabhängigkeit (PINTA). Online verfügbar unter http://www.drogenbeauftragte.de/fileadmin/dateien-dba/DrogenundSucht/Computerspiele_Internetsucht/Downloads/PINTA-Bericht-Endfassung_280611.pdf, Greifswald und Lübeck.

1 Verhaltensstörung vor. Das häufigste Kriterium für eine medizinische Diagnose ist in
2 diesen Fällen eine mangelhafte Impulskontrolle. Die Therapien zielen auf deren
3 tatsächlichen Ursachen und die psychischen Folgen ab. Genau diese liegen auch bei
4 der Computer sucht vor.

5

6 Daher fordern die Jusos die Landes- und Bundesregierung dazu auf, einen
7 Gesetzesentwurf zu initiieren, der die Krankenkassen zur Aufnahme der
8 Computersucht in deren Leistungskataloge verpflichtet.

9

10

R3

Antragssteller: Kreisverband Merzig-Wadern

verwiesen an Landesausschuss

1

Meine Vorhaut gehört mir!

2

Verbot religiöser und kultureller Zirkumzision bei Minderjährigen

3

Die Landeskonferenz möge beschließen:

5

6 Die Jusos Saar fordern ein Verbot von religiös und kulturell motivierter Zirkumzision
7 ohne medizinische Notwendigkeit bei Minderjährigen. Eltern haben nicht das Recht
8 dazu, ihren Kindern Verletzungen zuzufügen. Das Recht auf körperliche
9 Unversehrtheit und das Recht auf (sexuelle und religiöse) Selbstbestimmung des
10 Kindes ist höher zu werten als das Recht der Eltern, ihre Religion frei auszuüben und
11 ihr Kind im Sinne ihrer Religion zu erziehen. Wir bekennen uns klar zum Recht auf
12 Religionsfreiheit, jedoch muss ein Junge selbst über einen solchen Eingriff an seinem
13 Körper entscheiden dürfen. Daher darf eine solche Beschneidung nur an Volljährigen
14 durchgeführt werden, die sich aus freien Stücken selbst dazu entscheiden.

15

Begründung:

17

18 Eine Zirkumzision ist ein sehr intimer, folgenreicher und irreversibler Eingriff in die
19 körperliche Unversehrtheit des Minderjährigen. Darum darf eine Entscheidung zu
20 einem solchen Eingriff nicht von den Eltern getroffen werden, sondern einzig und
21 allein durch den Betroffenen selbst. Eine Beschneidung im Kindesalter, ohne akute
22 medizinische Indikation, ist aufgrund der nicht vorhandenen Einwilligungsfähigkeit
23 des Kindes zu verbieten.

24 Aber auch eine Entscheidung dazu nach Erreichung der Religionsmündigkeit mit 14
25 Jahren ist bis zur Volljährigkeit zu verbieten. Denn ob sich der Jugendliche zu Beginn
26 der Pubertät der weitreichenden Folgen einer Zirkumzision bewusst ist, ist sehr zu
27 bezweifeln. Außerdem haben Eltern erfahrungsgemäß einen großen Einfluss und
28 diverse Möglichkeiten Druck auf ihren Sohn auszuüben, um ihn so möglicherweise

1 zu einer Beschneidung zu drängen, ohne dass wirklich der Wille dazu bei dem
2 Betroffenen bestünde. Um Pauschalisierungsvorwürfen vorweg zugreifen, sei
3 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein solches Verhalten nicht allen Eltern
4 unterstellt wird, es in einigen wenigen Fällen jedoch nicht von der Hand zu weisen ist.
5 Somit sollte eine Entscheidung zu einer nicht medizinisch notwendigen Zirkumzision
6 nur von Volljährigen selbst getroffen werden.

7

8 Im Folgenden sollen auch Stimmen zur medizinischen Sichtweise zu Worte kommen.
9 In einem gemeinsamen Aufruf am 21.07.2012 von mehr als 700 Medizinern und
10 Juristen steht dazu: „Zusammenfassend kann man aus ärztlicher Sicht eindeutig
11 sagen, dass es keine medizinischen Gründe für die Entfernung einer gesunden
12 Vorhaut bei einem gesunden, nicht einwilligungsfähigen kleinen Jungen gibt.
13 Sämtliche angeführten medizinisch-prophylaktischen Gründe (zum Beispiel
14 Prävention sexuell übertragbarer Infektionen) lassen sich - wenn vom Betroffenen
15 gewünscht - durch eine Beschneidung in einwilligungsfähigem Alter realisieren. Die
16 Beschneidung ist auch nicht etwa mit dem Eingriff einer Impfung gleichzusetzen, da
17 es bei einer Impfung um die dem Kind direkt zu Gute kommende Minderung von
18 Gesundheitsrisiken geht. [...]

19 Der schwerwiegende Vorwurf jedoch - unter assoziativem Verweis auf den Holocaust
20 - durch ein Verbot der rituellen Jungenbeschneidung würde „jüdisches Leben in
21 Deutschland“ unmöglich werden, ist für Vertreter des Kinderschutzgedankens nicht
22 hinnehmbar. Es geht vielmehr darum, auch jüdisches und islamisches Leben im
23 Rahmen der deutschen Rechtsordnung zu schützen. Als Kinder der Aufklärung
24 müssen wir endlich die Augen aufmachen: Man tut Kindern nicht weh!“

25

26 Die Kommission für ethische Fragen der Deutschen Akademie für Kinder- und
27 Jugendmedizin schreibt in einer Stellungnahme zur Zirkumzision: „Die rituelle
28 Beschneidung als Körperverletzung zu werten ist somit auch aus ärztlicher Sicht
29 richtig. Sie verändert den Körper des Kindes irreversibel, ohne dass dafür eine
30 medizinische Indikation vorliegt. Der Eingriff, soweit nicht kinderchirurgisch
31 durchgeführt, ist robust und blutig. Er ist mit einer nicht zu vernachlässigenden
32 Komplikationsrate von immerhin 6% belastet.“

33

1 Die Deutsche Gesellschaft für Kinderchirurgie begrüßte das Urteil des Landgerichts
2 Köln zur Rechtswidrigkeit medizinisch nicht notwendiger Beschneidungen: „Mit der
3 prinzipiellen Feststellung der Rechtswidrigkeit medizinisch nicht indizierter
4 Beschneidungen bei nicht einwilligungsfähigen Knaben bestätigt das Gericht die von
5 der DGKCH vertretene und viel diskutierte Meinung.“

6

7 Nachdem der nationale Ethikrat im August 2012 religiöse oder weltanschauliche
8 Beschneidung grundsätzlich befürwortete, äußerte sich der Berufsverband der
9 Kinder- und Jugendärzte mit „Unverständnis und Entsetzen“: „Kindeswohl und das
10 Recht der Kinder auf körperliche Unversehrtheit haben bei der heutigen
11 Entscheidung offenbar keine Rolle gespielt. Erst im Januar ist das neue
12 Bundeskinderschutzgesetz in Kraft getreten, nun erleben wir, dass das
13 Bundeskinderschutzgesetz für eine große Zahl von Kindern in diesem Lande nicht
14 gelten soll. Muslimische und jüdische Kinder schützt es nicht. Ihr Recht auf
15 körperliche Unversehrtheit ist offenbar zweitrangig. Das ist ein Skandal!“

16

17 Der Berufsverband der Urologen spricht sich entschieden gegen eine Beschneidung
18 von Kindern unterhalb der Volljährigkeit aus: „Wenn es keine medizinischen Gründe
19 für den Eingriff gibt, dann handelt es sich eindeutig um Körperverletzung.“ Das
20 Grundrecht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit stehe eindeutig über der
21 Religionsfreiheit der Eltern. Oft wird eine Beschneidung mit einer geringeren
22 Häufigkeit von Peniskarzinomen begründet. Der Berufsverband der Urologen sagt
23 dazu: „Diese Form von Krebs ist aber so selten, dass sie den Aufwand der vielfachen
24 Beschneidungen nicht rechtfertigt.“ Auch das Argument, ein beschnittener Penis sei
25 hygienischer, weil es keine Vorhaut gebe, unter der sich Keime sammeln und
26 vermehren, sei nicht gerechtfertigt, weil auch regelmäßige Reinigung genüge.

27

28 Auch wenn es hier nicht primär um eine medizinische Diskussion gehen soll, sondern
29 vor allem um eine Abwägung der Rechte von Eltern und Kindern, zeigt sich doch
30 deutlich, dass auch Mediziner nicht medizinisch notwendige Zirkumzisionen
31 ablehnen. Gerade die Aussagen der entsprechenden Fach- und Berufsverbände
32 sollten zum Nachdenken bewegen.

33

1 Die Ablehnung religiöser und kultureller Zirkumzision ist kein Angriff auf das
2 Judentum oder den Islam. Wir stehen klar zum Menschenrecht auf Religionsfreiheit.
3 Religionsfreiheit ist aber, wie jedes andere Freiheitsrecht, vor allem ein Recht zum
4 Schutz der eigenen persönlichen Freiheit. Das Recht zur persönlichen freien
5 Religionsausübung beinhaltet allerdings nicht das Recht, solche schwerwiegenden
6 Handlungen an anderen, auch nicht an den eigenen Kindern, durchzuführen. Eltern
7 tragen die Verantwortung für ihre Kinder, aber Kinder gehören ihren Eltern nicht. Sie
8 sind eigenständige Menschen mit Rechten, die vernünftig gegen andere Rechte
9 abgewogen werden müssen.

10 Traditionen dürfen nicht über dem Rechtsstaat stehen und Religion darf sich nicht mit
11 der Religionsfreiheit gegen Kritik immunisieren. Dass etwas seit Jahrhunderten
12 praktiziert wird, ist keine Begründung dafür, es auch heute noch so zu praktizieren,
13 obwohl es offensichtlich Menschenrechte – nämlich vor allem das Recht auf
14 körperliche Unversehrtheit – verletzt. Religion muss sich dem Rechtsstaat anpassen,
15 nicht der Rechtsstaat sich der Religion.

16

17 Bezüglich des Judentums sei erwähnt, dass es von Theodor Herzl (dem Begründer
18 des modernen Zionismus) bis zu einigen heutigen Gruppierungen des
19 Reformjudentums, auch Juden gegeben hat und gibt, die ihre Kinder nicht
20 beschneiden lassen, aber trotzdem in allen anderen Belangen ein "jüdisches Leben"
21 führen. Auch im Islam gibt es ähnliche Fälle, der Vorsitzende des Bundes der
22 alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V. sagt beispielsweise dazu: „Wir
23 müssen Kindern bei Entscheidungen, die ihren Körper betreffen ein Mitspracherecht
24 und das Recht auf Selbstbestimmung ermöglichen. Ihr Körper – Ihre Entscheidung!“
25 Es ist also offensichtlich eine Frage der Auslegung religiöser Vorschriften, ob man
26 Zirkumzision als lebensnotwendig ansieht. Die aktuelle deutsche Gesetzeslage, dass
27 Beschneidungen in Deutschland straffrei möglich sind, ist damit faktisch die
28 staatliche Unterstützung einer bestimmten theologischen Auslegung einer Religion.
29 Mit einem säkularen Staat im 21. Jahrhundert ist so etwas keineswegs zu
30 vereinbaren. Der Staat muss die freie persönliche Ausübung der Religion
31 garantieren, unabhängig davon, welche Religion dies ist. Aber da, wo die eigene
32 Religionsausübung die Rechte Dritter berührt – und das ist bei einer Beschneidung in
33 gravierendem Maße der Fall – muss der Staat Grenzen setzen.

34

1 Es ist also an der Zeit, endlich in der Moderne anzukommen. Und es ist an der Zeit,
2 endlich die UN-Kinderrechtskonvention von 1990 durchzusetzen. Dort steht in Artikel
3 24: „Die Vertragsstaaten treffen alle wirksamen und geeigneten Maßnahmen, um
4 überlieferte Bräuche, die für die Gesundheit der Kinder schädlich sind,
5 abzuschaffen.“ Darum fordern wir, vor dem Hintergrund der Aufklärung und der
6 Säkularisierung, und zum Schutze der Menschenrechte der Kinder, das Verbot
7 religiöser und kultureller Zirkumzision bei Minderjährigen.

U1	Antragsteller: Kreisverband Saarpfalz
	verwiesen an Arbeitskreis Umwelt

1 **Windkraft in der Biosphäre – Ein Kompromiss ist möglich!**

2

3 **Forderungen:**

4

5 Die Ausschreibung eines Flächennutzungsplans im Bereich der Biosphäre soll durch
6 das Land erfolgen und der Windkraft substanziiell Raum verschaffen. Die Fläche ist
7 so auszuweisen dass die Anlagen auch ohne Subventionen für einen Investor
8 rentabel sind. Dies dient zur Verhinderung von Abschreibungsprojekten und
9 Schildbürgeranlagen. Es muss eine Netzeinspeisung des produzierten Stroms ohne
10 größere Eingriffe in die Natur zum Schutz der Biosphäre möglich sein. Sollte sich
11 keine geeignete Fläche finden, dann ist die Biosphärezone als für Windkraft
12 ungeeignet einzustufen.

13

14 **Analyse:**

15

16 Seit Fukushima ist der Ausbau erneuerbarer Energien eine politische Notwendigkeit.
17 Die Energiewende wird zum perfekten Rezept zur Verhinderung derartiger
18 Katastrophen. Unsere Politiker überschlagen sich fast wenn es um grünen
19 Aktionismus geht. Im Saarland führte dies dazu, dass die Gemeinden dafür zuständig
20 sind, der Windkraft, durch Ausweisung eines Flächennutzungsplan, selbst Raum zu
21 schaffen. Die Stadt Blieskastel beauftragte hierzu ein Planungsbüro (BGH Plan)
22 welches sich an gesetzlichen Vorgaben (harte Kriterien) wie an Vorgaben der
23 Gemeinde (weiche Kriterien) orientierte. Seit ca. einem Jahr wird dieses „flexible“
24 Gutachten ständig modifiziert und den Bürgern als sachlich und rechtsgültig in
25 regelmäßigen Abständen neu präsentiert (Letzter Termin: 25.04 , Bierbach). Die
26 Intransparenz und die fragwürdigen Kriterien führten unter anderem zur Gründung

1 einer Bürgerinitiative (www.biosphärenschtz.de). Die bisherigen Ereignisse, die
2 unterschiedlichen Einwände der Bürger, das fragwürdige Verfahren und die mäßigen
3 Windgeschwindigkeiten machten jedoch zwei Dinge deutlich:

4

5 1. Die Gemeinden sind überfordert mit der Ausschreibung eines
6 Flächennutzungsplans. Dies betrifft insbesondere die sachliche Festlegung von
7 weichen Kriterien.

8 2. Die Politik hat im Saarland an dieser Stelle versagt. Wenn es Gemeinden möglich
9 ist, Flächen mit geringer Windhöffigkeit auszuweisen, an Orten ohne Netzanbindung
10 die sich für einen Investor nur durch massive Subventionen rechnen, dann kann dies
11 nicht im Sinne einer funktionierenden Energiewende sein. Hier muss gegengesteuert
12 werden.

13

14 Die Begründung erfolgt mündlich.

WAS2	Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Stadt
	<input type="checkbox"/> verwiesen an Landesausschuss

1 **Barrierefreiheit jetzt!**

2 **Für eine sofortige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Schulen**

3
4 Investitionen in die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude sind Investitionen in die
5 Chancengleichheit von Menschen in diesem Land. Auf dem Weg zu einer inklusiven
6 Gesellschaft hat die Anforderung des lebenslangen Lernens für alle
7 Bevölkerungsgruppen eine wichtige Vorrangstellung. Ein gemeinsames und
8 chancengleiches Lernumfeld kann jedoch nur dann gegeben sein, wenn die
9 Barrierefreiheit von allen öffentlichen Einrichtungen, die im Lernprozess verankert
10 sind, gewährleistet ist.

11
12 **Daher fordern die Jusos Saar**

- 13
14 - die Landesregierung des Saarlandes dazu auf,
15 - gemeinsam mit dem Landesbehindertenbeauftragten einen Status Quo zur
16 Barrierefreiheit an den öffentlichen Bildungseinrichtungen des Saarlandes
17 zu erarbeiten,
18 - die Planung und Durchführung zur Umsetzung der Barrierefreiheit an
19 öffentlichen Bildungseinrichtungen bis zum 01.01.2014 umzusetzen,
20 - die jeweils ersten Sitzreihen in allgemeinbildenden, berufsbildenden und
21 Hochschulen für Menschen mit eingeschränkter Mobilität einzurichten und
22 im Zuge dessen auch:
23 - statistische Zahlen zur Beteiligung von Menschen mit Behinderung an den
24 Hochschulsystemen im Saarland zu erheben.
25 - die Bundesregierung dazu auf, die Planungs- und Ausführungskosten zum
26 Umbau von öffentlichen Bildungseinrichtungen umgehend zur Verfügung zu
27 stellen,

1 **Begründung:**

2
3 Auf einer Impulskonferenz der saarländischen Landesregierung zur Umsetzung der
4 UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2011 ist vieles versprochen worden. Im
5 Aktionsplan des Sozialministeriums ist unter anderem die „Berücksichtigung von
6 Barrierefreiheit in den baulichen, didaktischen und strukturellen Bereichen der
7 Hochschulen“ als „fortlaufend“er Prozess in Hauptverantwortung der Staatskanzlei
8 angekündigt. Die Barrierefreiheit an allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen
9 wird in dem „Saarland Inklusiv – Unser Land für Alle“ betitelten Werk nicht einmal
10 angesprochen. Ferner heißt es darin:

11
12 *„Die öffentliche Hand im Saarland ist gemäß §10 SBGG seit 2004 verpflichtet,*
13 *bauliche Anlagen, öffentliche Wege, Plätze und Straßen soweit wie möglich*
14 *barrierefrei zu gestalten. Bereits bestehende Gebäude des Landes und der*
15 *Kommunen sind schrittweise entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der*
16 *Technik soweit wie möglich barrierefrei zu gestalten mit dem Ziel, bis spätestens*
17 *zum 1. Januar 2014 eine möglichst weitreichende Barrierefreiheit im Sinne des § 3*
18 *SBGG zu erreichen.“¹*

19
20 Der zögerliche Umgang mit dem Aktionsplan zur Umsetzung der Barrierefreiheit und
21 die Lücken bezüglich der Vorgehensweise in allgemeinbildenden Schulen und
22 berufsbildenden Schulen zeugen von Unverständnis über die Bedürfnisse von
23 Menschen mit Behinderung. Der ohnehin bereits massiv erschwerte Zugang zum
24 Arbeitsmarkt darf nicht durch Barrieren an den Bildungseinrichtungen im Land
25 erschwert werden. Bildung ist das Kapital der Menschen im 21. Jahrhundert und
26 jeder Mensch muss ein Anrecht darauf haben, dieses nach seinen Fähigkeiten
27 entfalten zu können. Die Landes- und Bundesregierung ist hier in die Pflicht zu
28 nehmen, gerechte Zugangsvoraussetzungen für alle Menschen zu schaffen.

29
30
31

¹ Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2012): Aktionsplan der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Saarland Inklusiv – Unser Land für Alle. S.69. Saarbrücken.

WAS3	Antragsteller: Kreisverband Saarlouis
	<input type="checkbox"/> verwiesen an Landesausschuss

1 **Kinderarmut bekämpfen**

2 **Wir fordern:**

- 3 - Kostenfreies Schulesen
- 4 - Einen umfassenden Aktionsplan um Kinderarmut zu senken, der Ziele und
5 Zeitangaben beinhaltet
- 6 - Befreiung von Arzneimittel-Zuzahlung, auch für nicht rezeptpflichtige
7 Medikamente für alle Kinder unter 18 Jahren
- 8 - Förderung von Mitgliedschaften in Sportvereinen
- 9 - Vereinfachung des Bezuschussungssystems für Freizeit- und
10 Kulturprogramme die die Entwicklung von Kindern fördern (Museen, Zoo,
11 Schwimmbad...)
- 12 - Ausbau von kostenfreien KiTa-Plätzen und Förderung der Frühkindlichen
13 Bildung sowie Ausbau von kostenfreien Ganztagschulen und kostenfreier
14 Nachmittag Betreuung
- 15 - Vereinfachung des Bezuschussungssystems für Schulische Aktivitäten (z.B.
16 Klassenfahrten)
- 17 - Staatliche bezuschusste Hausaufgabenbetreuung
- 18 - Reformierung des Bafög-Systems
- 19 - eine Gesellschaft in der jedes Kind die gleichen Chancen erhält, unabhängig
20 vom Geldbeutel der Eltern

21

1 **Analyse:**

2

3 1,2 Millionen Kinder in Deutschland leben in relativer Armut.¹Von "relativer Armut"
4 spricht man, wenn einer Familie weniger als 40 Prozent des
5 Durchschnittseinkommens im Monat zur Verfügung steht. Die "absolute Armut",
6 besteht dann, wenn Menschen nicht genug zu essen haben, und deshalb ihre
7 Gesundheit gefährdet und ihr Leben bedroht ist.

8 Besonders verheerend für ein finanziell gut gestelltes Land sind die Auswirkungen
9 der Kinderarmut im Alltag, die nicht immer direkt mit der finanziellen Situation der
10 Eltern zusammenhängen müssen. Kindern in „relativer Armut“ fehlt es zumeist an
11 "Teilhabechancen", ob das nun der Schulausflug, die Kosten für einen Sportverein
12 oder Musikunterricht ist, oder die kleinen Dinge an denen es mangelt, wie Schulhefte,
13 neue Kleidung, Spielzeug und Bücher, oder einem regelmäßigen Taschengeld. Aber
14 nicht nur die gesellschaftliche Ausgrenzung durch mangelnde Teilhabe ist eine
15 Folge der Kinderarmut. Die Ausgrenzung von Kindern aus einer bedarfsgerechten
16 Gesundheitsversorgung und einer guten Bildung und Erziehung hat für das spätere
17 Leben schwerwiegende Folgen, die auch im Erwachsenenalter nicht mehr
18 auszugleichen sind. Ungesunde Ernährung und schlechte Gesundheitsvorsorge
19 kann zu chronischen Erkrankungen führen. Die deutlichen Nachteile die unser
20 Bildungssystem für finanzschwache Kinder aufweist, führen zu ungenügenden
21 Schulleistungen und in der Folge zu schlechten bis hin zu keinen
22 Ausbildungschancen. Ein Teufelskreis aus Armut entsteht, aus dem sich diese
23 Kinder nicht selbst retten können. Hierfür ist nicht nur das fehlende Einkommen der
24 Eltern verantwortlich. Der Mangel an Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe
25 sowie das Fehlen individueller Ressourcen, Fertigkeiten und Fähigkeiten, die für eine
26 aktive Lebensgestaltung notwendig sind, müssen durch ein gut durchdachtes Sozial-
27 und Bildungssystem für alle Kinder, unabhängig vom Einkommen der Eltern,
28 gewährleistet werden. Mit der Armut geht häufig auch eine schlechtere Schulbildung
29 einher. Die Wissenslücke wird durch das Schulsystem zusätzlich verstärkt. Bewusste
30 und unbewusste Diskriminierung im deutschen Bildungssystem beginnt dabei früh.

¹ UNICEF-Vergleichsstudie 2012 Reiche Länder – arme Kinder

1 Studien²³ zeigen, dass Kinder aus armen Verhältnissen seltener aufs Gymnasium
2 geschickt werden und Kinder von Akademiker*innen häufiger Abitur machen. Um
3 Kinderarmut zu bekämpfen und jedem Kind die gleichen Chancen für die Zukunft zu
4 bieten, fordern wir die Bundesregierung auf einen umfassenden Aktionsplan, der
5 Ziele und Zeitangaben beinhaltet um Kinderarmut zu senken, zu erarbeiten und
6 diesen unverzüglich umzusetzen.

7 Hier sollte die Gesundheit der Kinder an allererster Stelle stehen. Daher fordern wir
8 ein tägliches kostenfreies Schulesse, um eine gesunde und warme Mahlzeit am Tag
9 für jedes Kind zu gewährleisten. Wir fordern eine Vereinfachung des vorhandenen
10 Systems zur Bezuschussung von Freizeit- und Kulturprogramme wie beispielsweise
11 den Besuch von Schwimmbädern und Museen welche die Entwicklung von Kindern
12 fördern.

13 Sport macht Kinder stark. In Sportvereinen lernen Kinder nicht nur ihren Körper zu
14 beherrschen, sondern auch den Umgang mit Gleichaltrigen. Außerdem fördert Sport
15 das Selbstbewusstsein und Durchhaltevermögen. Daher ist es besonders für Kinder
16 aus armen Verhältnissen wichtig hier aktiv werden zu können. Daher fordern wir eine
17 kostenlose Mitgliedschaft im Sportverein für Kinder deren Eltern den Vereinsbeitrag
18 nicht aufbringen können.

Begründung erfolgt mündlich

² Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Soziologie

³ ISS-AWO Langzeitstudie zu Kinderarmut

WAS5

Antragsteller: Kreisverband Saar-Pfalz

verwiesen an Landesausschuss

1 Änderung des Pflegezeitgesetzes (Pflegefreistellung)

2

3 Forderungen:

4

- 5 1. Eine einheitliche Regelung soll in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften
6 entstehen
- 7
- 8 2. Die Lohnfortzahlung im Fall der Pflege eines Angehörigen muss gesetzlich
9 festgeschrieben sein
- 10
- 11 3. Ein progressives System zur Finanzierung der Lohnfortzahlung soll
12 Arbeitgeber und Krankenkassen in die Verantwortung nehmen.

13

14 Analyse:

15

16 Wir Jusos sehen uns als das soziale Korrektiv innerhalb unserer Gesellschaft, von
17 daher ist es unabdingbar diese Funktion in alle Bereiche des täglichen Lebens zu
18 transferieren.

19 Laut dem Statistischem Bundesamt leben in Deutschland derzeit ca. 7,7 Mio. Kinder
20 bis 10 Jahre Tendenz sinkend, während es 16,8 Mio. über 65 – Jährige gibt,
21 Tendenz steigend. Für das Jahr 2030 werden 22,3 Mio. über 65 – Jährige
22 prognostiziert. Mit der steigenden Zahl älterer Menschen wird in den nächsten
23 Jahrzehnten auch ein deutlicher Anstieg der Pflegefälle einhergehen. Schon heute
24 haben 50 % der Arbeitnehmer einen Pflegefall in ihrer Familie.

25 Der derzeitige Gesetzesstand, ermöglicht es Arbeitnehmer_innen bei akuten

1 Pflegefällen innerhalb der Familie nach Mitteilung an den Arbeitgeber 10 Tage von
2 der Arbeit fern zu bleiben. Diese 10 Tage sind unbezahlt und lassen sich auf 6
3 unbezahlte Monate erhöhen. Diese Regelung greift jedoch erst bei einem
4 Arbeitgeber mit min. 15 Angestellten.

5 Der Gesetzgeber hat sich mit einer schwammigen Formulierung des Gesetzestextes
6 aus der Verantwortung gezogen. Ob und in welcher Höhe den Arbeitnehmer_innen
7 Lohnfortzahlungen zustehen wird laut Gesetzestext durch Tarifverträge geregelt,
8 jedoch sind hiervon nicht alle Arbeitnehmer betroffen.

9 Arbeitnehmer_innen ohne Gewerkschaftsvertretung sind von der aktuellen
10 Gesetzeslage ausgeschlossen und würden sich selbst, sofern sie überhaupt von
11 ihrer Tätigkeit freigestellt werden können, immense Lohnausfälle aufbürden.

12 Dies ist bei steigender Zahl von Pflegebedürftigen Menschen in Deutschland nicht
13 sozial und muss geändert werden.

14

15 Begründung erfolgt mündlich.

16

17

WAS6

Antragsteller: Kreisverband Saar-Pfalz

verwiesen an Landesausschuss

1 **Embryonale Stammzellenforschung ermöglichen – forschen und heilen!**

2

3 **Forderungen:**

4

5 1. Die Abschaffung des Import-Stichtages 1. Mai 2007 und eine Legalisierung
6 der Forschung an embryonalen Stammzellen aus der deutschen In-vitro
7 Befruchtung.

8 Dies würde die Transparenz der Herkunft, die Qualität und die Ethik der
9 Forschung stärken.

10

11 2. Die Ausweitung und Förderung der Forschung, so lange diese zur Heilung
12 bis jetzt noch unheilbarer Krankheiten förderlich ist.

13

14 **Analyse:**

15

16 Im Moment verbietet die deutsche Gesetzgebung die Forschung an embryonalen
17 Stammzellen, welche nach dem 1. Mai 2007 gewonnen wurden. Diese Stammzellen
18 dürfen auch nicht von deutschen Laboren stammen, sondern müssen aus dem
19 Ausland importiert werden. Die Stammzellenforschung ist auch abseits dieser
20 Vorschriften extrem stark reglementiert. Gleichzeitig werden Embryonen zur in-vitro
21 Befruchtung gezüchtet, die überzähligen Embryonen werden nach Beendigung der
22 Fertilisation vernichtet und dürfen nicht zu Forschungszwecken verwendet werden.
23 Die momentane Regelung ist ineffektiv und schädigt den Forschungsstandort
24 Deutschland. Auch in ethisch/moralischer Hinsicht ist die Gesetzgebung

- 1 ungenügend.
- 2 Die Verwendung importierter Stammzellen macht es schwierig bis unmöglich
- 3 nachzuvollziehen, woher diese stammen und unter welchen Bedingungen sie
- 4 gezüchtet wurden.
- 5 Zur Begriffserklärung: Ein Embryo im Sinne dieses Antrages ist eine Blastozyste und
- 6 besteht aus ca. 200 Zellen.
- 7 Die Begründung erfolgt mündlich.
- 8
- 9

WAS7

Antragsteller: Kreisverband Saar-Pfalz

verwiesen an Landesausschuss

1 **Wartezeit befristen - Planungssicherheit schaffen!**

2

3 **Forderungen:**

4

5 1. Verpflichtende Zu- bzw. Absagen mindestens 3 Monate vor
6 Ausbildungsbeginn.

7

8 2. Hiervon ausgenommen sind Kleinst- und Kleinunternehmen mit weniger als 50
9 Mitarbeitern und Zusagen aus Nachrückgründen.

10 **Analyse:**

11

12 Momentan befinden sich wie jedes Jahr viele Schulabgänger in einem
13 Schwebezustand der es ihnen nicht erlaubt, die nächsten Monate vernünftig zu
14 planen.

15 So kann es vorkommen, dass junge Menschen aufgrund von zu langen Wartezeiten
16 bei Bewerbungen die Möglichkeit verwehrt bekommen bei ihrem Wunscharbeitgeber
17 eine Ausbildung anzufangen.

18 Ist zum Beispiel der 1. August Ausbildungsbeginn, so wäre es wünschenswert wenn
19 die Bewerber/Innen bis zu dem Stichtag 1.Mai eine verbindliche Zu- bzw. Absage
20 erhalten. Dies schafft Vorlaufzeit um, auch in Hinblick auf einen eventuellen
21 Wohnortwechsel, Planungssicherheit zu schaffen um Wohnungen zu suchen etc.
22 Die zeitversetzte Ab- und Zusage stellt junge Menschen vor große Probleme und
23 bringt unter Umständen die komplette mittelfristige Lebensplanung durcheinander.

24

25 Begründung erfolgt mündlich.

WAS8	Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Stadt
	<input type="checkbox"/> verwiesen an Landesausschuss

1 **Rezeptfreie Abgabe der „Pille danach“**
2
3 Die Juso-Landeskonferenz fordert die saarländische Landesregierung auf, sich für
4 eine rezeptfreie Abgabe der „Pille danach“ einzusetzen und im Bundesrat für die
5 Abschaffung der Rezeptpflicht zu votieren.

6
7 **Begründung:**

8
9 Die Möglichkeit einer rezeptfreien Abgabe der „Pille danach“ mit dem Wirkstoff
10 Levonorgestrel (LNG) wird in Deutschland seit langem diskutiert. Es ist an der Zeit,
11 dass auch in Deutschland eine Befreiung der „Pille danach“ aus der
12 Verschreibungspflicht erfolgt! In Europa liegen seit 13 Jahren gute Erfahrungen und
13 wissenschaftliche Erkenntnisse zu dieser rezeptfreien und damit niedrighschwelligen
14 Notverhütungsmethode vor. In diesem Bereich ist Deutschland rückständig.
15 Die freie Verfügbarkeit der „Pille danach“ stellt ein wichtiges Instrument der sexuellen
16 und reproduktiven Selbstbestimmung von Frauen dar. Mit der „Pille danach“ auf
17 LNG-Basis kann eine ungewollte Schwangerschaft nach einem Anwendungsfehler
18 einer Verhütungsmethode oder nach ungeschütztem Geschlechtsverkehr mit großer
19 Sicherheit vermieden werden. Das Medikament wirkt nicht, wenn sich die befruchtete
20 Eizelle bereits eingenistet hat. Diese „Pille danach“ ist ein wichtiges Mittel zur
21 Prävention ungewollter Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche.
22 Es ist kein Präparat, das einen Schwangerschaftsabbruch zur Folge hat!
23 Voraussetzung der Verhinderung einer ungewollten Schwangerschaft mit der „Pille
24 danach“ auf Levonorgestrelbasis ist allerdings, dass das Medikament zeitnah, am
25 besten so kurz wie möglich, allerspätestens aber innerhalb von 72 Stunden nach
26 dem Geschlechtsverkehr eingenommen wird. Frauen sind hier allerdings gerade am
27 Wochenende mit großen Hürden konfrontiert. In Apotheken ist die Pille danach oft
28 nicht überall vorrätig, gynäkologische Praxen sind abends/nachts und am
29 Wochenende geschlossen, es gibt lange Wartezeiten in den Klinikambulanzen,

1 Notdienstzentralen sind weit entfernt und nicht jederzeit mit dem öffentlichen
2 Nahverkehr erreichbar. In Krankenhäuser mit katholischen Trägern bestehen
3 Dienstanweisungen die „Pille danach“ nicht zu verschreiben. Frauen wird in dieser
4 Notsituation oft unterstellt aufgrund von riskantem Sexualverhalten diese Situation
5 provoziert zu haben. Auch gerade für privatversicherte Mädchen stellt die
6 Rezeptpflicht eine besondere Hürde dar, denn spätestens bei der nächsten
7 Abrechnung werden die Eltern über die Verschreibung der „Pille danach“ informiert.
8 Wir sollten Frauen dieses Martyrium ersparen und ihnen das Vertrauen schenken, in
9 dieser Notsituation selbstbestimmt handeln zu können! Die Idee, die
10 Verschreibungspflicht für die „Pille danach“ aufzuheben, ist nicht neu.
11 Bereits vor zehn Jahren hat sich der Sachverständigenausschuss
12 Verschreibungspflicht des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte für
13 eine Aufhebung der Verschreibungspflicht ausgesprochen. Das Bundesministerium
14 für Gesundheit folgte damals dieser Empfehlung nicht.
15 Mehrere Bundesländer streben aktuell eine Befürwortung der Aufhebung der
16 Verschreibungspflicht für den Wirkstoff Levonorgestrel zur Notfallkontrazeption an,
17 wenn vor der Abgabe des Arzneimittels eine Beratung in der Apotheke erfolgt. Damit
18 erkennen sie die nationale und internationale wissenschaftliche Faktenlage zur „Pille
19 danach“ auf Levonorgestrelbasis an.
20
21
22

WAS9

Antragsteller: Landesvorstand

verwiesen an Landesausschuss

1 Zentralität der Erwerbsarbeit

2

3 Die Landeskonferenz möge beschließen:

4

5 Arbeit ist ein zentrales Element in unserem Leben. Sie prägt uns, erfüllt uns – und mit
6 ihr erwirtschaften wir Lohn und Brot. Es mag zwar für einige Menschen möglich sein
7 ohne eigene Arbeit und mit den Erträgen der Arbeit anderer zu leben,
8 gesamtgesellschaftlich ist so etwas allerdings nicht möglich.

9 Wir bekennen uns als Jusos Saar zum Traditionsmarxismus, was bedeutet, dass
10 sowohl unsere gesellschaftliche Analyse, als auch unsere Kapitalismuskritik hierauf
11 basiert.

12 Entwickelt wurde der traditionelle Marxismus von seinem Namensgeber Karl Marx,
13 der als erster die Ausbeutung des herrschenden, kapitalistischen Systems auf Basis
14 des dialektischen Materialismus analysierte und zusammen mit Friedrich Engels die
15 Hauptwerke des Marxismus verfasste. Auf diesen Werken bauten andere Autoren
16 (wie Rudolf Hilferding) auf, verfeinerten die Kritik und passten sie an die
17 Ausprägungsform des zu ihrer Zeit real existierenden Kapitalismus an. Ein Beispiel
18 für diese Notwendigkeit ist die Erfindung immer neuer Organisations- und
19 Kontrollformen des Kapitals, wie zum Beispiel Großbanken, Monopole oder aber
20 auch CDO s. Durch diese neuen Formen verändert sich weder das Wesen noch die
21 grundsätzliche Funktionsweise des Kapitalismus, jedoch einige Abläufe und
22 Machtverhältnisse innerhalb seiner Strukturen. Die Analyse dieser Veränderungen
23 und die richtigen Schlussfolgerungen aus ihr sind notwendig, um den Kapitalismus
24 zu überwinden und ein Konzept zur Organisation dieser befreiten Gesellschaft zu
25 entwickeln.

26 In allem Wirtschaften ist für uns die Arbeit das zentrale Element. Ohne sie findet
27 keine Produktion von Gütern statt. In jenem Schaffensprozess von Gütern steht die

1 Arbeit im Widerspruch zu einem anderen zentralen Element des
2 Schaffungsprozesses: dem Kapital. Kapital ist nichts weiter als eine Ansammlung
3 von Arbeit. Alle Produktionsgüter sind letztlich durch den Einsatz von natürlichen
4 Ressourcen und ihrer Weiterverarbeitung durch die Arbeitskraft der Arbeitenden
5 entstanden. Das so produzierte Gut setzt sich also aus der Vergegenständlichung
6 der Arbeitskraft des Arbeiters und seinen persönlichen Fähigkeiten, sowie der
7 natürlichen Ressourcen zusammen.

8 Diese Arbeitenden wurden für die Verrichtung ihrer Arbeit entlohnt. Man könnte
9 meinen, dass diese Entlohnung dem Wert des produzierten Gutes entspricht, was
10 allerdings nicht der Fall ist. Vielmehr dient die Entlohnung lediglich zum Erhalt der
11 Arbeitskraft der Arbeitenden, die das Gut produziert haben. Durch die zunehmende
12 Produktivitätssteigerung ist jedoch immer weniger Arbeitskraft und –zeit für die
13 Herstellung der gleichen Anzahl an Gütern notwendig. Die Arbeitenden bekommen
14 allerdings für die von Ihnen abgeleistete Arbeitsdauer immer noch denselben Lohn
15 zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft unabhängig von der gesteigerten Anzahl von
16 produzierten Gütern. Daraus ergibt sich eine Differenz, den sogenannten Mehrwert,
17 den die Person einstreicht, deren Eigentum (bzw. unter deren Kontrolle) die
18 benutzten Produktionsmittel sind. Die besitzende Person (auch Kapitalist genannt)
19 hat zu diesem Herstellungsprozess nichts weiter beigetragen als ihren Besitz zur
20 Verfügung zu stellen, sie hat also keine Arbeit verrichtet, dafür aber sich einen Teil
21 des Werts der Arbeit der arbeitenden Person angeeignet. Der Kapitalist verkauft das
22 Gut und verwendet den Erlös, um den Produktionsprozess zu wiederholen. So wird
23 aus dem Produkt der Arbeit Kapital und es ist offensichtlich, dass die Interessen der
24 besitzenden Personen denen der arbeitenden entgegenstehen. Die Kapitalisten
25 berauben die arbeitenden Personen nämlich ihrer Arbeitskraft, ohne sie angemessen
26 an den daraus resultierenden Gewinnen zu beteiligen, da er den Mehrwert für sich
27 selbst beansprucht. Dieses Verhältnis ändert sich nur, wenn die arbeitenden
28 Personen eine wirkliche Kontrolle über die Produktionsmittel bekommen und ihnen
29 der Erlös ihrer Arbeit in Gänze zukommt. Dies würde jedoch den Kapitalisten
30 überflüssig machen und steht so im direkten Gegensatz zu den Interessen der
31 Kapitalisten.

32 Häufig heißt es, dass die Unternehmen, also die Kapitalisten, den Menschen die
33 Arbeit zur Verfügung stellen. Das ist jedoch eine perverse Lüge des Kapitalismus.
34 Die arbeitenden, lohnabhängigen Menschen stellen den Kapitalisten ihre Arbeit, in

1 Form ihrer Arbeitskraft, zur Verfügung. Im Gegensatz zum Kapitalisten, der im Besitz
2 von verkaufsfähigen Gütern wie Rohstoffen usw. ist, haben sie außer ihrer
3 Arbeitskraft sonst nichts, was sie am Markt anbieten können. Es sind also nicht die
4 Unternehmen, die Arbeiten anbieten, sondern die arbeitswilligen Menschen und die
5 Unternehmen fragen diese Arbeit nach. Erwerbsarbeit, also Lohnarbeit, die zum
6 Erwerb des Lebensunterhalts notwendig ist, ist unserer Meinung nach anders zu
7 betrachten als ehrenamtliche Tätigkeiten. Die Grenzen verlaufen hier fließend, so
8 gibt es Tätigkeiten, die manche als Ehrenamt ausüben, andere als Hauptberuf. Auch
9 wenn wir in verschiedenen Organisationen und Vereinen dieses Ehrenamt, dass
10 einen wichtigen Platz innerhalb der Gesellschaft hat und in seiner Bedeutung auf
11 keinen Fall verkannt werden darf, mit großem Engagement ausüben, so wird es sich
12 doch immer von einer hauptberuflichen Tätigkeit unterscheiden, welche unseren
13 Lebensunterhalt finanziert und im Gegensatz zum Ehrenamt Tätigkeiten neben der
14 hauptberuflichen Tätigkeit erst ermöglichen. Zugespitzt formuliert lässt sich die These
15 aufstellen, dass ehrenamtlichen Tätigkeiten die hauptberufliche Tätigkeit in Form von
16 Lohnarbeit bedingen. Aufgrund dieser Bedeutung der Lohnarbeit für jede*n
17 Einzelne*n von uns prägt sie uns auch in einer ganz anderen Art und Weise

18 Welche Schlüsse lassen sich aus der oben getätigten Analyse für unsere heutige
19 Gesellschaft ziehen?

20 Es bedeutet, dass in unserer Gesellschaft Menschen für einen Lohn arbeiten
21 müssen, der nicht für ein menschenwürdiges Leben ausreicht, obwohl der Wert der
22 von ihnen verrichteten Arbeit dazu eigentlich ausreichen müsste. Ihr Lohn reicht,
23 wenn überhaupt und selbst das ist im heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystem
24 nicht mehr in Gänze gegeben, zum Erhalt ihrer Arbeitskraft.

25 Es bedeutet, dass Menschen in Deutschland keinen Arbeitsplatz bekommen, was
26 aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive geradezu paradox ist und nur durch
27 die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise erklärt werden kann. Es gibt
28 schließlich immer Arbeit, die verrichtet werden kann und den Menschen einen
29 Nutzen, ein mehr an Leben ermöglicht. Diese Arbeit honoriert der Markt allerdings
30 nicht mit einer entsprechenden Vergütung, sodass zu wenige Arbeitsplätze zur
31 Verfügung stehen können. Dies hat natürlich für die Kapitalisten den positiven
32 Nebeneffekt, dass um die raren Arbeitsplätze ein Konkurrenzkampf entsteht und
33 niemand gegen die eigentliche Ursache des Übels, die kapitalistische
34 Produktionsweise aufbegehrt. Die Kapitalisten haben also ein nicht unerhebliches

1 Interesse an einem bestimmten Prozentsatz an Menschen ohne Lohnarbeit hat, da
2 diese sowohl als Druckmittel gegen die Arbeiter*innen verwendet werden kann, als
3 auch eine dauerhafte „stille Reservearmee“ an Arbeitskraft für die Kapitalisten zur
4 Verfügung stellt.

5 Deshalb ist es auch so wichtig allein diese Umständen bedingen, dass sich die
6 Lohnabhängigen sich organisieren, um den Kapitalisten Zugeständnisse abzurufen
7 und dieses menschenverachtende Ausbeutungssystem zu überwinden. Diese
8 Organisation der Arbeitenden findet zum einen in Gewerkschaften statt, die sich
9 direkt und vor Ort für die Arbeitenden einsetzen und zum anderen Forderungen an
10 die Politik stellen. Und ebenda findet diese Organisation auch statt: in Parteien,
11 welche sich für die Arbeitenden einsetzen. In Deutschland tut dies die SPD, als
12 Partei der Arbeiterklasse, seit 150 Jahren- und wir Jusos in ihr.

13 Wir Jusos Saar möchten, dass jede Person den gerechten Anteil ihrer Arbeit
14 empfängt und unter Bedingungen unter menschenwürdigen Bedingungen dieser
15 Erwerbsarbeit nachgeht, die menschenwürdig sind. Deshalb kämpfen wir langfristig
16 für den revolutionären Sozialismus und fordern mittelfristig:

- 17 • -einen Mindestlohn in Höhe von 2/3 des Medianeinkommens
- 18 • -eine demokratische Beteiligung der Lohnabhängigen im Wirtschaftsprozess
- 19 • -eine SPD, die sich als Partei der Lohnabhängigen für deren Interessen einsetzt
- 20 • - eine strikte Bekämpfung der Instrumente wie Leih-, und Zeitarbeit und allen
21 weiteren Instrumenten,, die eine Ausbeutung der ArbeitskräfteArbeitnehmer*innen
22 fördern

23 Begründung:

24 Erfolgt mündlich.

25